Nr. 172 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Dienstag, den 27. Juli 1926

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen, Illustr. Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk u. Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44. Hofgebäude zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Zusendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4605. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319 Erfurt

„Republikanische Union"

Die Wirth'schen Absichten in der Auslegung seines Freundes Dr. Haas. / Eine Erwiderung.

Wo die „Republikanische Union" anzufangen hätte.

+ Halle (Saale), 27. Juli.

Der von Dr. Wirth vor einigen Tagen im „Berliner Tageblatt" veröffentlichte Aufruf zur Bildung einer Republikanischen Union reizte zunächst zu einer schnellen, auch ursprünglich von uns beabsichtigten Antwort. Innerhalb der folgenden 24 Stunden wurde jedoch erkennbar, daß die republikanischen „Unionisten" selbst das Bedürfnis fühlen würden, den sehr allgemein gehaltenen Ausführungen Dr. Wirths die erforderliche Auslegung zu geben. Die linksdemokratische „Frankfurter Zeitung" stellte sich an die Spitze dieser Bewegung. Sie forderte eine Reihe führender Politiker aus den republikanischen Parteien auf, sich zu den Absichten Wirths zu äußern. Als erster antwortete am Donnerstag voriger Woche (Erstes Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung") Dr. Ludwig Haas, der neben Paul Löbe in dem Wirthschen Aufruf als einer der Exponenten der beabsichtigten Republikanischen Union bezeichnet worden war. Außer Dr. Haas haben Breitscheid und der persönliche und politische Freund Wirths, Joos, dem Ersuchen der „Frankfurter Zeitung" stattgegeben und ihre Auffassungen dem Blatte mitgeteilt.

Wenn wir zu einer sinngemäßen Auslegung der Wirthschen Vorschläge kommen wollen, so werden wir uns der Ausführungen des Demokraten Dr. Haas bedienen müssen, mit dem Wirth zweifellos seinen ganzen Plan bis in die Details durchgearbeitet hat. Haas unterschied der Sozialdemokratischen Partei, daß sie in der letzten Zeit anstatt fruchtbringende praktische Politik zu treiben „Opposition um der Opposition willen" gemacht habe. Da bekanntlich jedoch nur ein ausgemachter politischer Trottel „Opposition um der Opposition willen" macht, die Sozialdemokratische Partei jedoch ihre gegenwärtige oppositionelle Stellung in der Reichspolitik niemals anders aufgefaßt hat, als eine Kräftesammlung zur zukünftigen energischen Ausübung der Staatsgewalt, so dürfen wir wohl annehmen, daß Dr. Haas die sozialdemokratische Politik vom Standpunkt demokratischer Parteizweckmäßigkeiten aus betrachtet. Wir verstehen, wenn den Demokraten, die von Wahl zu Wahl mehr zurückgehen, und wenn dem Zentrum, dessen Arbeiter sich bei der letzten Abstimmung erfreulicherweise auf die Seite der Sozialdemokratie geschlagen haben, vor der sozialdemokratischen Opposition bange wird. Wir verstehen darum auch den Versuch der beiden Parteien, die Sozialdemokratie für jede Situation an sich zu ketten. Dieser Wunsch dürfte einer der Väter des Wirthschen Gedankens gewesen sein. Wir verkennen in Wirth keineswegs den bedeutenden und entschiedenen Republikaner. Wir verkennen aber auch nicht, daß die Basis des Dr. Wirth für diese entschieden republikanische Tätigkeit in der Zentrumspartei, namentlich in der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei, zu schmal ist.

Am meisten Kopfschmerzen hat auch in sozialdemokratischen Kreisen die Frage verursacht, ob Dr. Wirth die Absicht habe, eine neue republikanische Partei zu gründen, die etwa als Ersatz der Sozialdemokratie, der Demokraten und des Zentrums insgesamt aufzufassen wäre. Diese Frage ist aber auch in anderen Parteien erörtert worden und scheinbar so heftig, daß der oben zitierte Dr. Haas seinem Artikel in der „Frankfurter Zeitung" in der gestrigen Abendausgabe des „Berliner Tageblatts" einen zweiten hat folgen lassen, der mit folgenden Sätzen beginnt:

„Der Aufruf, in dem Josef Wirth zur Bildung einer Republikanischen Union auffordert, hat nicht nur in der Rechtspresse zu leidenschaftlichen Erörterungen geführt, sondern in einer Fülle von Briefen wird angefragt, wie die neue Organisation, wie die neue Partei beschaffen sein werde. Ich muß die Freunde des Gedankens einer neuen Partei enttäuschen. Es wird keine neue Partei gegründet. Das Zentrum bleibt das Zentrum, die Sozialdemokratie bleibt die Sozialdemokratie, wie die Demokratische Partei die Demkratische Partei bleibt. Kein führender Politiker einer der drei Parteien hat daran gedacht, irgend etwas an dem Bestand oder an der Selbständigkeit der drei Parteien zu ändern. Aber in allen drei Parteien und vielleicht auch in der Volkspartei sind Männer, die eine stärker betonte und eine energischere republikanische Politik für notwendig halten, die deutlich die Gefahr erkennen, daß seit der Zerstörung der Großen Koalition die verfassungstreuen Parteien mehr und mehr die Fühlung miteinander verloren haben."

Vernünftigerweise konnte natürlich niemand daran denken, den Versuch zu unternehmen, die Sozialdemokratische Partei in eine überparteilich-republikanische Organisation aufzusaugen. Kindlich der Gedanke, daß, weil Wirth das Reichsbanner in seiner Kundgebung erwähnt hat, vielleicht das Reichsbanner diese Aufgabe beabsichtigt hätte. Reichlich einfältig erscheint uns jedoch auch die Haassche Verknüpfung, daß mit der „Zerstörung der Großen Koalition" die republikanische Politik weniger energisch geworden wäre. Es scheint überhaupt so, als ob Haas zum Ausdruck bringen wollte, daß die Ziele der Republikanischen Union nur durch die Bildung der Großen Koalition verwirklicht werden könnten.

Er beklagt sich, daß die Sozialdemokratie Herrn Koch die Große Koalition verweigert habe und beteuert, daß es besser gewesen wäre, wenn die Große Koalition vor einem halben Jahre an dem Nein der Volkspartei gescheitert wäre. In Wirklichkeit ist die Große Koalition an dem Nein der Volkspartei gescheitert, weil die Deutsche Volkspartei sich bekanntlich geweigert hat, die sozialen Mindestforderungen der Sozialdemokratie zu akzeptieren. Wenn die Republikanische Union darum nichts anderes sein sollte, als eine Propagandastelle zur Bildung der Großen Koalition, dann wäre sie von vornherein ein totgeborenes Kind. Es ist dumm und albern zugleich, anzunehmen, daß die Sozialdemokratische Partei aus rein agitatorischen Gründen sich vor der Großen Koalition fürchtet und nur aus propagandistischen Spiegelfechtereien bei der letzten Entscheidung die Teilnahme an der Großen Koalition abgelehnt hat. Für die Sozialdemokratische Partei bleibt Koalition oder Opposition lediglich eine Zweckmäßigkeitsfrage. In der parlamentarischen Staatsform ist weder eine Opposition um der Opposition, aber auch keine Koalition um der Koalition willen möglich. Und darum wird auch die zukünftige Republikanische Union es in Zukunft der Sozialdemokratischen Partei überlassen müssen, ob sie es für zweckmäßig und für im Interesse der Arbeiter liegend hält, sich für die Große Koalition. Kleine Koalition oder Opposition zu entscheiden. In welcher Stellung die Sozialdemokratische Partei sich aber auch immer befinden möge, stets wird der oberste Gesichtspunkt ihres Handelns die Frage sein, in welcher Form sie den ökonomischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse, den Bedürfnissen des deutschen Volkes und der Sicherheit und dem Ausbau des republikanischen Staates am besten dient.

Wenn Dr. Haas in seinem zuerst zitierten Artikel in der „Frankfurter Zeitung" die Absichten der Republikanischen Union weiter dahin interpretiert, daß die Ausgestaltung der Verwaltung im Reich und Ländern eine weit wichtigere Aufgabe sei, als die Gesetzgebung, und wenn er uns vor dem Tage warnt, wo die Reaktionäre vielleicht einmal spotten werden: „Die Republikaner haben an die Gesetzgebung gedacht, wir aber an Verwaltungs- und Personalpolitik", so wollen wir seiner Auffassung im Prinzip gern zustimmen. Nicht aber in der praktischen Ueberlegung, die, soweit die preußischen Verhältnisse in Frage kommen, uns sagt, daß beispielsweise die Volkspartei in Preußen bei der Besetzung der Verwaltungsposten den weitaus hemmendsten Einfluß ausgeübt hat. Und obwohl die Deutsche Volkspartei heute nicht in der preußischen Regierung sitzt, ist ihr Einfluß auf diese Regierung doch immer noch so stark, daß die Säuberung der verschiedensten Ministerien von unerfreulichen „Vernunft"republikanern durch sie verhindert wird.

Unserem Gefühl nach hätte eine Republikanische Union, deren Zweckmäßigkeit wir nicht auf alle Fälle bestreiten wollen, zunächst die Aufgabe zu lösen, in den bürgerlich-republikanischen Parteien jene zweifelhaften Kantonisten aus den führenden Positionen zu beseitigen, die durch ihr ständiges Lavieren der deutschen Republik nicht nur den Stempel der Schwäche aufdrücken, sondern sie auch faktisch schwächen. Die „Frankfurter Zeitung" schreibt in ihrem gestrigen Abendblatt: „Daß die Herren Marx und Külz, von anderen zu schweigen, eine Enttäuschung sind bis zu dem Grade, daß sie sogar einmal eine Gefahr werden könnten, das pfeifen ja die Spatzen von den Dächern." Diesen Satz unterschreiben wir Wort für Wort. Sollten die Köpfe der zukünftigen Republikanischen Union also nicht zunächst ihren Einfluß auf die Säuberung der eigenen Reihen erstrecken, anstatt sich über mehr oder weniger fernliegende Koalitionsmöglichkeiten den Kopf zu zerbrechen? Die Demokraten dulden immer noch einen Geßler als Reichswehrminister, das Zentrum läßt die Sozialpolitik durch Herrn Brauns verschandeln. In Preußen liegt der Herr Justizminister am Zehnhoff im Bett und segnet die Richter, die der Republik zu Leibe gehen.

Die entschiedenen Republikaner in den beiden bürgerlichen Parteien haben also alle Hände voll zu tun, um aufzuräumen. Mögen sie nicht verkennen, daß die Sozialdemokratische Partei nicht aus knabenhaftem Trotz oder kindischem Vergnügen Opposition treibt, sondern daß sie in der Opposition steht, weil sie das Gewirtschafte der Marx und Külz, der Brauns und Geßler nicht billigen und nicht unterstützen kann, und weil sie eine andere Auffassung von republikanischer Politik hat als die Marx und Külz, die selbst von der „Frankfurter Zeitung" als eine „Enttäuschung" und eine „Gefahr" bezeichnet werden. Die Sozialdemokratische Partei weiß sehr gut, daß die Zahl der republikanischen Gegenwartsaufgaben viel zu groß ist, als daß sie ohne die starke deutsche Arbeiterschaft gelöst werden könnten. Sie wird immer bereit sein, an dieser Lösung mitzuhelfen, und nicht zuletzt dann, wenn eine solche Lösung von den entschiedenen Teilen der uns zunächst bürgerlichen Parteien gewünscht wird.

In diesem Sinne wäre gegen eine Republikanische Union als einer bestimmten Zweckorganisation nichts einzuwenden. Die bürgerlich-republikanischen Parteien mögen jedoch von der Sozialdemokratie nicht verlangen, daß sie bei der Stabilisierung der Republik von „Republikanern" haltmacht, die selbst im Urteil demokratischer Männer als eine „Enttäuschung" und eine „Gefahr" für die Republik gewertet werden müssen.

Aus Brauns' Reich.

Von Reinhold Schönlank.

Der Einfluß der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer auf die Reichsregierung wird immer stärker. Dies zu leugnen wagt kein noch so fanatischer Anhänger der heutigen Regierung Marx, Brauns u. Ko. Seit Jahren ist höchstes Zielstreben der Unternehmerschaft in Industrie und Landwirtschaft: Abbau der Sozialpolitik. Nirgends tritt denn auch ihr steigender Einfluß stärker zutage als in dem Ministerium Brauns, des ewigen Reichsarbeitsministers der deutschen Republik. Die Frage der Erwerbslosenversicherung kennzeichnet am schärfsten die Lage. Ganz zu schweigen davon, daß das Reichsarbeitsministerium mit verschränkten Armen dem Wirken seiner Schlichter zuschaut, die die Tarifverträge in den schweren Zeiten häufig noch verschlechtern. Diese angeschnittenen Gebiete liegen so klar vor aller Augen, daß es nicht nötig ist, darüber noch mehr zu sagen. Jeder weiß, daß über ihm das Schwert der drohenden Entlassung hängt. Leider aber wird wenig oder gar nicht ein Ressort des Arbeitsministeriums beachtet, das für viele abseits liegt, obschon jeder Arbeiter mit ihm zu tun hat: die Sozialversicherung. Zwar muß jeder seine nicht unerheblichen Beiträge leisten, sei es zur Krankenv. Invaliden-, Angestellten- oder Knappschaftsversicherung. Dennoch rechnet niemand damit, daß er früher oder später einmal die eine oder andere Versicherungsart in Anspruch zu nehmen genötigt sein wird. Darum ist das Gebiet der Sozialversicherung von der allgemeinen Arbeiterbewegung so stark vernachlässigt. Würde sich jeder Arbeiter einmal die Wandlungen vergegenwärtigen, die gerade in den letzten Monaten in dem Bau der Sozialversicherung vor sich gegangen sind, dann könnte er an dem Gange der Gesetzgebung ablesen, wie sich die Kräfteverhältnisse für die Arbeiterbewegung verschlechtert haben. Nirgends drückt sich der Umschwung in den Regierungskreisen so deutlich aus als in dem, was sie gewillt sind, auf dem Gebiete der Sozialversicherung zu gewähren oder zu entziehen. Solange noch der Druck der revolutionären Ereignisse auf den herrschenden Kreisen Deutschlands lastete, waren sie geneigt, mehr oder weniger große Konzessionen an die Arbeiterklasse zu machen. Zu dem Maße aber, wie die allgemeine rückläufige Bewegung in Deutschland einsetzte, in dem Maße verschlechterte sich die Sozialversicherung. Der letzte große Erfolg, den die Arbeiterschaft noch erkämpfte, war das im Jahre 1922 endlich zum Abschluß gebrachte Reichsknappschaftsgesetz, das an Stelle von Dutzenden nebeneinander unabhängigen Knappschaftsvereinen einen einheitlichen Reichsknappschaftsverband schaffte, der für alle gleiche Richtlinien bei der Gewährung von Renten festsetzte.

Das Glanzstück dieser Knappschaftsgesetzgebung war die gleitende Rente, eine alte sozialpolitische Forderung der Sozialdemokratie. Diese Rente bedeutete, daß vierteljährlich die Pension der Knappschaftsrentner umgerechnet werden mußte nach dem Stande des Häuerdurchschnittslohnes eines jeden Knappschaftsbezirkes. Ferner wurde durchgeführt, daß nach einer 25jährigen Tätigkeit im Bergwerk, davon 15 Jahre unter Tage, jedem Bergmann, ganz gleich ob er noch tätig war, eine Knappschaftsrente zu zahlen sei. Dieses Knappschaftsgesetz kam nie zur vollen Geltung, weil es von den Knappschaftsbezirken sabotiert wurde. Da die Bergleute und die Unternehmer ja die Hälfte der Beiträge zahlten, hatten auch die Arbeiter nur die Hälfte des Stimmrechtes. So kam es, daß die seit Jahrzehnten bestehende Familienhilfe der Knappschaftskrankenkassen abgebaut wurde. Bei dem Kampf um die Wiedereinführung der Familienhilfe in der Knappschaftsversicherung, die etwa 10 Millionen Mark gekostet haben würde, begannen die Grubengewaltigen die Gelegenheit beim Schopfe zu fassen. Sie drückten auf den Arbeitsminister Brauns, der ihnen ein nur allzu williges Ohr lieh. Er war es, der an der Hand des Materials der Bergherren eine Vorlage einbrachte, die zwar den Bergleuten die Familienhilfe in der Krankenversicherung brachte, ihnen dabei jedoch eine Reihe wichtiger Rechte raubte. Um es kurz zu sagen: für die Wiedergewährung der Krankenbeihilfe für die Angehörigen der Bergleute, die etwa nach den eigenen Feststellungen des Herrn Brauns 10 Millionen Mark kostete, wurden den Bergleuten Rechte entzogen, die ihnen etwa 30 Millionen Goldmark Verluste brachten. Ein wirklich sauberes Geschäft für die Grubenherren. Selbst die Vorlagebegründung des Herrn Brauns mußte zugeben, daß die Knappschaftsvereine im verflossenen Jahre rund 30 Millionen Mark Ueberschuß gebracht hatten. Die Sozialdemokraten wiesen so nebenbei noch nach, daß die Grubengewaltigen dem Reichsknappschaftsbereich ungefähr 30 Millionen Mark Beiträge schuldig geblieben waren, obwohl sie den Arbeitern ihren Teil an Beiträgen fein säuberlich zurückbehalten hatten. Im gewöhnlichen Leben würde man ein solches Verfahren wahrscheinlich juristisch mit dem Beiwort Unterschlagung bezeichnen. Wenn ein kleiner Krauter einmal auf ähnliche Weise Beiträge an die Krankenkasse schuldig bleibt, dann wird ihm sicher der Staatsanwalt auf den Hals gehetzt. Hier geschah nichts, rein gar nichts. Freilich, es waren gar große Herren, um die es sich handelte. Darunter auch das Haus Thyssen.

Das Endergebnis der Umgestaltung der Knappschaftsversicherung ist der demagogische Akt, Arbeiter und Angestellte zu trennen, indem man sie in zwei verschiedene Kassen verwies. Die Erschwerung des Bezuges der Knappschaftspension nach 25jähriger Tätigkeit und Vollendung des 50. Jahres, durch Einführung bestimmter Bedingungen, die darauf hinauslaufen, daß ein Knappschaftsversicherter kaum noch weiterarbeiten kann, wenn er in den Besitz der Rente gelangen will, ist auch eine Musterleistung der Neuregelung. Ferner wurden die Begieher von mehreren Renten stark geschädigt, indem aus der einen Versicherung die Leistung ruht oder gekürzt wird. Ein bestimmter Prozentsatz des früheren Einkommens darf als Rente nicht überschritten werden. Das schlimmste aber ist, daß man aus der Fassung der Knappschaftsgesetzgebung den kostbarsten Edelstein ausgebrochen hat: die gleitende Rente. Künftig bleibt ganz gleich, wie sich die Löhne draußen entwickeln, die Rente auf einem bestimmten Satze stehen. Sie wird nicht mehr am Häuerdurchschnittslohn, sondern nach Beitragsklassen berechnet. Ferner wird die Rente

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260727-12/fragment/page=0001

die nach 26 Dienstjahren gewährt werden kann, stark gegen früher gekürzt.

Erfreulich ist bei der Neufassung des Gesetzes nur, daß jetzt die Verteilung der Macht geändert worden ist. Die Unternehmer bekommen zwei Fünftel, die Arbeitnehmer drei Fünftel aller Sitze. Damit ist den Arbeitern wenigstens die Gelegenheit gegeben, eine abermalige Sabotierung der verschlechterten Neuregelung zu verhindern. Bezahlen muß die Arbeiterschaft dieses größere Recht mit entsprechenden Mehrleistungen von Beiträgen. Ungeteilte Freude wird ohnehin nicht herrschen, denn den Angestellten, die nur einen Bruchteil der Kosten aufbringen, ist ein großer Einfluß auf die Bezirksvorstände zugebilligt worden: ein Fünftel der Sitze. Nachdem sie eine Sonderkasse erhalten haben, besteht um so mehr die Gefahr, daß ein Teil von ihnen mit den Grubenbaronen stimmt.

In früheren Zeiten war es immer so, daß jedes neue Gesetz, das in der Frage der Sozialversicherung geschaffen wurde, einen Fortschritt darstellte. Diesmal war es eine starke Rückwärtsrevidierung bereits bestehender guter Anfänge, deren Fehler man hätte beseitigen können, um das ganze Werk abzusichern.

Alle Kenner der Verhältnisse im Reichsarbeitsministerium waren sich darüber klar, daß die Unternehmer, deren kühner Vorstoß bei der Neuregelung des Reichsknappschaftsgesetzes geglückt war, ermutigt wurden, weitere Forderungen durchzudrücken. Herr Brauns beeilte sich denn auch, die Sozialversicherung weiter nach rückwärts zu revidieren. In einer der Schlußsitzungen des Reichstags brachte es der Reichsarbeitsminister fertig, einen Gesetzentwurf, unter Umgehung des üblichen gesetzgeberischen Weges über den Reichsrat, einzubringen, der alle in der Knappschaftsversicherung beschlossenen Verschlechterungen auch in der Invaliden- und Angestelltenversicherung einführen sollte. Sonst ist es immer üblich, daß günstigere Bestimmungen der Sozialversicherung durch einfache Beschlüsse des Reichstags auf andere Versicherungsarten übertragen wurden. Nachdem der Reichskurs im Reichsarbeitsministerium immer deutlicher durchbricht, wird umgekehrt verfahren. Was kümmert es die bürgerliche Mehrheit des Reichstages, wenn dabei Hunderttausende von Rentenempfängern schlechter gestellt werden als früher. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages benahm sich so unterwürfig gegenüber Herrn Brauns, daß sie seine Gesetzesvorschläge in einen Initiativantrag der bürgerlichen Parteien umwandelte, damit er in einem Zuge Gesetzeskraft erlangen konnte.

Genau so demagogisch, wie man bei der Verschlechterung des Reichsknappschaftsgesetzes verfahren war, verfuhr man auch jetzt. Scheinbar erhalten die Versicherten eine Mehrleistung. In der Knappschaftsversicherung wurde die Familienunterstützung eingeführt. Bei der Verschlechterung der Invalidenversicherung machte die Regierung ein altes Unrecht gut. Sie gewährte jetzt auch den Altinvalidenrentnern ein Kindergeld von monatlich 7,50 Mk., dafür setzte sie aber das Alter, bis zu dem die Kinder diese Summe erhalten, von 18 auf 15 Jahre herab. Und solches Vorgehen nennt das Reichsarbeitsministerium: Sozialreform.

Freilich, verständlich wird das alles, wenn man bedenkt, daß Herr Brauns zu denen gehört, die im holden Verein mit Stegerwald den rechten Flügel des Zentrums bilden, der sich so sehr danach sehnt, wieder mit den Deutschnationalen ins Ehebett zu steigen. Brauns ist es, der alle fortschrittlichen Aenderungen im Reichskabinett zu hintertreiben trachtet. Brauns ist der Mann, der den geschickesten Gegenspieler Wirths bildet.

Die Versicherten werden ihm zur gegebenen Zeit das Handwerk legen.

Ein „Volkserzieher".

Wie die Justiz die Reichsfarben schützt.

Berlin, 27. Juli. (Radiomeldung.)

Am Verfassungstag 1925 fand im Rathaus zu Stellingen bei Hamburg eine Verfassungsfeier statt. Beim anschließenden Zusammensein im Kaiserkeller bezeichnete der Lehrer Haufchild die Angehörigen des Reichsbanners als Schweinehunde, und einer Frau riß er die schwarz-rot-goldene Schleife von der Bluse mit den Worten: „Nehmen Sie die Mistfarben herunter!" Erst jetzt hatte er sich deshalb vor dem Altonaer Schöffengericht wegen Beschimpfung der Reichsfarben zu verantworten. Es bedurfte nämlich der Republikanischen Beschwerdestelle, damit überhaupt Anklage erhoben wurde. Der Oberstaatsanwalt in Altona hatte seinerzeit das Verfahren kurzerhand eingestellt, und jetzt lautete das Urteil auch nur auf 200 Mark Geldstrafe, während der Staatsanwalt immerhin einen Monat Gefängnis beantragt hatte. Dabei handelt es sich um einen Beamten der Republik, um einen Erzieher der Jugend, der sich ausgerechnet am Verfassungstag diese unerhörte Beschimpfung der Republik erlaubte.

Es hat gewirkt. Der Reichspräsident hat sich entschlossen, seinen Urlaub erst Mitte August, also nach der Verfassungsfeier, anzutreten und sich an den am 11. August geplanten Feierlichkeiten zu beteiligen. Der Reichskanzler Dr. Marx wird seinen Urlaub unterbrechen und ebenfalls zur Verfassungsfeier in Berlin erscheinen. Unsere Kritik hat also ihre Wirkung nicht verfehlt!

Justizmord?

Der Magdeburger Skandal.

Disziplinar-Verfahren gegen den Magdeburger Kommissar.

Magdeburg, 27. Juli. (Radiomeldung.)

Gegen Kriminalkommissar ten Holt, der bisher die Untersuchung in der Mordaffäre Helling geführt hat, ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Die Ausübung von Amtsverrichtungen ist ihm vorläufig untersagt. Kriminalkommissar ten Holt hat sich unter Vorlegung eines ärztlichen Attestes, das seine Dienstunfähigkeit bescheinigt, krank gemeldet.

Diese Amtsenthebung ist die Folge einer erneuten Besprechung, die am Montagabend im Magdeburger Oberpräsidium stattgefunden hat, an der außer dem Oberpräsidenten Hörsing der Chef des preußischen Landeskriminalamtes, Regierungsdirektor Dr. Weiß, teilnahm. Diese Besprechung galt der Klärung des haarsträubenden Vorgehens des Kriminalkommissars ten Holt gegen das tschechische Konsulat in Magdeburg.

•

Der Magdeburger Untersuchungsskandal ist mit der Amtsenthebung ten Holts noch keineswegs bereinigt. Das Verhalten des die Untersuchung führenden Richters Kölling war bisher nicht minder anstößig als die des Kriminalkommissars. Es wird allerhöchste Zeit, daß das preußische Justizministerium in seinem Magdeburger Amtsbereich ganz energisch durchgreift, so die preußische Justiz nicht ihren letzten Rest von Ansehen verlieren will.

Zu dem Magdeburger Justizskandal wird uns außerdem noch geschrieben:

Es ist ein guter Brauch der anständigen Presse, in schwebende Kriminalverfahren nicht hineinzureden, sondern das Ergebnis der Untersuchung abzuwarten. Eine solche Ausnahme ist nötig in der Magdeburger Mordaffäre Helling. Die Gefahr, daß durch eine verfehlte, vielleicht sogar voreingenommene Untersuchung ein Justizmord erzeugt wird, ist so groß, daß das Reden für die Presse zur unbedingten Pflicht wird.

Der Magdeburger Kriminalkommissar ten Holt wird beschuldigt, fortgesetzt dem schwerbelasteten Schröder Fingerzeige zu seinen Aussagen gegeben zu haben, daß der von Schröder der Anstiftung bezichtigte Fabrikant Haas außerhalbe gesetzt wurde, auf die nächstliegende Weise die Unrichtigkeit der Schröderschen Angaben nachzuweisen. Ob das Ungeschicklichkeit oder Schlimmeres war, soll dabei ganz dahingestellt bleiben. Man verstehe uns nicht falsch: Wir machen einem Kriminalbeamten keinen Vorwurf daraus, daß er das Vertrauen eines Angeschuldigten zu gewinnen sucht, um mit dessen Hilfe weitere Täter zu ermitteln. Wir verlangen auch nicht, daß er die Angaben eines mutmaßlichen Mörders über seinen Anstifter nur aus dem Grunde für unglaubwürdig erklärt, daß ein Mörder keinen Glauben verdiene. Auf diese Weise würde nie ein Anstifter ermittelt werden können. Man denke an die Fememordfälle, den Fall Grütte-Lehder usw.

Aber im Magdeburger Fall liegen doch die Dinge wesentlich anders: Der verhaftete falsche Student Schröder war von vornherein des Mordes an dem Buchhalter Helling dringend verdächtig. Eine ausgesprochene Hochstaplernatur, ein völkischer Abenteurer, wie er aus Dutzenden ähnlicher Fälle bekannt ist, wurde im Besitz von Sachen des ermordeten Buchhalters Helling, namentlich von dessen Scheckbuch, betroffen, von dem er zu ganz offensichtlichen Betrügereien Gebrauch machte. Dennoch sehen weder der Kriminalkommissar ten Holt noch der Untersuchungsrichter in ihm einen Täter oder Mittäter am Morde. Aber in dem Bestreben, durch ihn den vermeintlichen wirklichen Anstifter, den Fabrikanten Haas, zu überführen, gehen sie soweit, daß sie dem schwerbelasteten Schröder selber jede Möglichkeit öffnen, falls er doch der Täter ist, sich herauszuschwindeln. In dem Hause Schröders in Rottmersleben, wo die Leiche des Ermordeten vergraben liegt, wird monatelang — bis zum Eingreifen des Berliner Kriminalkommissars Busdorf — nicht gehaussucht. Schröder kann ungehindert und ohne Einhaltung des vorgeschriebenen Weges für Untersuchungsgefangene mit seiner Braut und seiner Schwester korrespondieren. Erst dem Berliner Kriminalkommissar Busdorf gelingt es, bei der Braut des Schröder in Köln die Briefe und Kassiber zu beschlagnahmen, die nicht nur für Schröder, sondern auch für die Untersuchungsmethoden der Herren ten Holt und Kölling schwer belastend sind. Zahlreiche naheliegende Wege, die Schuld des Schröder nachzuweisen, werden nicht begangen, da ten Holt und Kölling von vornherein so fest von der Unschuld Schröders überzeugt sind, daß sie dies für überflüssig halten.

Aber das schlimmste: Diese beiden Untersuchungsführer verlieren auch dann den Glauben an ihren Mann nicht, als sich dessen fortgesetzte Lügenhaftigkeit klar herausstellt. Wo dem Schröder eine Angabe widerlegt wird, wie z. B. über das angeblich zur Tat benutzte Auto oder den angeblichen Besuch des Haas in Rottmersleben, macht Schröder irgendeine neue Angabe, und diese wird von den Untersuchungsführern als genau so vollwertig behandelt, als ob die frühere entgegengesetzte Angabe nie gewesen wäre.

Das tollste in dieser Beziehung stellt wohl die Angabe Schröders über die angebliche Aushebung des Mordes im tschechischen Konsulat dar. Dem Untersuchungsrichter imponiert, daß Schröder die räumlichkeiten des Konsulats genau beschreiben kann. Aber der Kriminalkommissar ten Holt hat den Schröder, mit dem er überhaupt dauernd in Magdeburg spazieren geht, tags zuvor in das tschechische Konsulat hineingeführt und den Angestellten oder Ehrenkonsul, bei dem er die Erlaubnis zu diesem Besuch erwirkte, ehrenwörtlich Verschwiegenheit geloben lassen!

Ganz nebenbei seien noch die Schwierigkeiten erwähnt, die den mit anderen Auffassungen an die Sache herantretenden Berliner Kriminalkommissaren Busdorf und Galzow dauernd gemacht werden, sei erwähnt, wie Kriminalkommissar ten Holt die Leiche des ermordeten Helling, nachdem Busdorf sie glücklich auf dem Grundstück Schröders ermittelt hat, schleunigst in der Abwesenheit Busdorfs ausgräbt, sei erwähnt, wie der von Busdorf festgenommene Freund Schröders, der Chauffeur Große, von Untersuchungsrichter stehenden Fußes wieder freigelassen wird, ohne daß der verdächtige Safe des Große bisher geöffnet worden wäre.

Diese Untersuchung gibt sehr viel zu denken. Gewiß will es einem nicht in den Kopf, daß ein Untersuchungsrichter und ein Kriminalkommissar aus politischem Fanatismus absichtlich einen Unschuldigen aufs Schafott liefern, einen Schuldigen laufen lassen sollten. Aber gerade wir Sozialdemokraten haben ja seit jeher die Klassenjustiz als Ausfluß des Unbewußten erklärt, als eine dem Richter selber verborgene Einwirkung seiner reaktionären Gesamteinstellung und seiner obrigkeitsstaatlichen Gesinnung. Wenn solche Gesinnung unbewußt oft genug zu den schlimmsten Fehlurteilen geführt hat, warum soll sie nicht genau so gut zu einer voreingenommenen Untersuchung führen?! Die Gerichtsverhandlung ist erst der letzte Akt des Dramas. Wie eine tendenziöse Untersuchung bereits den Justizmord einleiten kann, das hat seinerzeit der Fall Dreyfus in Frankreich zur Genüge gelehrt. Seine Wiederholung auf deutschem Boden zu verhindern, ist schon jetzt Pflicht der Oeffentlichkeit und nicht zuletzt der leitenden Staatsorgane.

Auch eine Partei.

In Görlitz tagt augenblicklich der Parteitag der Deutschen Wirtschaftspartei (Reichspartei des deutschen Mittelstandes). Er hat Gelegenheit genommen, mit programmatischen Kundgebungen in die Oeffentlichkeit zu treten. Auf politischem Gebiete verlangt er eine Revision der Reichsverfassung auf Grund des Eigentumsbegriffes und seiner Unverletzlichkeit, die Heraufsetzung des Wahlalters auf das 24. Lebensjahr, Erhaltung der Regierung von jeglicher Parteibeeinflussung usw. — Weiter setzt er sich für die von Hindenburg verordnete schwarz-weiß-rote Handelsflagge ein. Man sieht also, wessen Geistes Kinder die Görlitzer Macher sind.

Wirtschaftsgesetzlichkeit gesehen ist der Görlitzer Parteitag und seine Lebensäußerungen ein hoffnungsloser Fall. Politisch ist er ein Ausdruck der Kinderjahre des Parlamentarismus, die zu überwinden eine Frage der Gesundung des Volkskörpers ist.

Noch eine kommunistische Zeitung verboten. Die kommunistische „Neue Zeitung" in Jena ist auf Grund des Republikschutzgesetzes vom thüringischen Ministerium des Innern wegen Veröffentlichung des Gedichts „Achtung, Hunde!" auf die Dauer von zwei Wochen verboten worden.

Woher stammt der Name „Pickwick"?

Eine aufschlußreiche literarische Recherche.

Eine der größten Entdeckungen, die Charles Dickens gelang, war der Fund des Namens Pickwick. Man weiß, daß er ihn in Bath, dem berühmten englischen Badeort, in dem ein Teil der „Pickwicker" spielt, gefunden hat. In der Nähe ist ein kleiner Weiler, der heute noch den Namen Pickwick führt; dieser prangt in schönen grünen Buchstaben auf dem Echaus der Dorfstraße. Der Besitzer jedes Hauses in dieser Pickwickstraße rühmt sich, daß Dickens dort seinen weltberühmten Roman geschrieben habe. Das kann nicht weiter wundernehmen; denn die Räume, in denen Dickens geschrieben haben soll, sind in Bath so zahlreich wie in anderen Zeilen Englands die Betten, in denen angeblich Elisabeth geschlafen hat. Davon abgesehen, ist aber kein Name in ganz England so bekannt und so gefeiert wie der Pickwicks. Er und Falstaff haben Unsterblichkeit erlangt. Der Berichterstatter eines Londoner Blattes hatte es sich in den Kopf gesetzt, über die Herkunft des Namens sicheres festzustellen, und es ist ihm auch gelungen, den Weg zu finden, auf dem der Name Pickwick in die englische Literaturgeschichte eindrang. Als Dickens Bath besuchte, war der Eigentümer des Wight Hart Hotels, in dem er abstieg, ein gewisser Moses Pickwick. Dieser Name prangte auch auf den Wagenschlägen der Mietskutschen, die auf den Landstraßen fuhren; denn dieser Moses war nicht nur Hotelier, sondern auch der Unternehmer des öffentlichen Fuhrwesens, das einen öffentlichen Verkehrsdienst zwischen Bath und der Umgebung unterhielt. Der Name Pickwick war Dickens eine Offenbarung. Damit war Pickwick die Unsterblichkeit gesichert. Aber wer war dieser Moses Pickwick, und wie kam er zu seinem Namen? Darüber ist im Lande eine seltsame Geschichte im Umlauf. Wie verlautet, war er der Urenkel eines Findlings, den eine Frau beim Passieren des Dorfes Wick bei Bath gefunden hatte. Sie nahm das Kind auf, pflegte es und ließ es auf den Namen Eleazer Pickwick taufen, was in deutscher Uebersetzung soviel bedeutet wie der in Wick aufgelesene Eleazer. Im Laufe der Zeit begründete der Findling in Bath eine Familie, die es rasch zum Wohlstand brachte. Als Dickens auf der Bildfläche erschien, war der Urenkel Eleazers ein reicher Mann. Wie der Londoner Journalist weiter feststellte, leben heute in Bath noch fünf Pickwicks. Dem einen machte er seine Aufwartung; es war ein ernster Herr in den besten Jahren, der das Aussehen eines Gelehrten hatte. Auf die Bemerkung des Londoner Besuchers, daß Tausende von Menschen ihn um den berühmten Namen beneiden dürften, bemerkte Herr Pickwick verdrießlich: „Ich kann es mir nicht gut denken, denn so oft ich meinen Namen nenne, für den ich doch nichts kann, beginnen die Leute vergnüglich zu schmunzeln. Gewiß, der Name ist berühmt; aber er hat für den Träger die Unannehmlichkeit, daß er überall, wo er genannt wird, Aufsehen erregt." Auf die Frage, ob die anderen Pickwicks zu der gleichen Familie gehörten, bestätigte Herr Pickwick die Annahme mit dem Hinzufügen, daß freilich mehrere der Nachkommen von Moses Pickwick es für angezeigt gehalten hätten, ihren Namen zu ändern. Aber es gibt immer noch Pickwicks genug. Auch in Amerika gibt es heute Nachkommen von Pickwicks, die von Bath ausgewandert sind. Auch diese erregen, sobald sie ihren Namen nennen, allgemeines Interesse. Schließlich wieß er noch auf den seltsamen Zufall hin, daß der Führerschein für sein Automobil neben dem Namen Pickwick auch den eines Mr. Wardle trägt, der bekanntlich in Dickens Roman eine Hauptrolle spielt. Der Zufall hat es gefügt, daß der Beamte im Stadthaus von Bath, der den Führerschein für Herrn Pickwick ausstellte, Wardle hieß.

Völkerbund und Musik.

Die Unterkommission für Kunst und Wissenschaft des Völkerbundsrates hat sich in der vergangenen Woche mit der internationalen Musik befaßt. Es wurde ein Vorschlag des ehemaligen Wiener Operndirektors Felix Weingartner angenommen, nach dem ein Programmausschuß vorgesehen ist, der sich hauptsächlich mit neu erschienenen oder noch erscheinenden Werken befassen soll. Seine Aufgabe ist, eine Orientierung über die Gesamtproduktion der Musikwerke zu ermöglichen. Es soll außerdem versucht werden, allgemeine Konzerte für Kinder in der ganzen Welt einzurichten, wie sie bereits in Schottland und London veranstaltet werden. Die Eintrittspreise für Schüler und Lehrer sollen sehr geringfügig sein, während dem übrigen Publikum einschließlich der Eltern diese Konzerte verschlossen sind. Schließlich wurde die Einsetzung einer Spezialkommission nach den Wünschen Weingartners beschlossen, die überall, auch bei den unkultivierten Völkern, Volkslieder sammeln und von Volkskennern begutachtete und ausgewählte Sammlungen veranstalten soll. Ein Achtungserfolg, das den Zweck hat, musikalische Werke vor einer der Kultur hohnsprechenden Erniedrigung zu bewahren, wurde ebenfalls angenommen.

Ein sowjetrussisches Pantheon. Die Sowjetregierung plant den Bau eines Pantheons als Grabstätte für bedeutende sowjetrussische Staatsmänner, Schriftsteller und Gelehrte. Voraussichtlich wird die Kathedrale Sophia-Preobrashenskii in Leningrad als Pantheon eingerichtet werden.

2×2=4!

Von Josef Maria Frank.

In Pariser Vergnügungsstätten, Warenhäusern, Cafés und auf den Boulevards kam es zu schweren Ausschreitungen der erregten Pariser Bevölkerung gegen Amerikaner.

Handgranaten und Giftgaskrieg,
Blockaden, Zerstörung, Verblüten —
und als der blühende Irrsinn schwieg,
da krachten rings die Bastien.
Da pfiff auf dem letzten Flötenloch
Europa, besiegt vom Koller —
denn „Sieger" war nur (wißt ihr es noch?)
der Dollar, der Dollar, der Dollar!

Papiermark, Schiebung, Inflation —
paar „Besiegte" waren ausverkaufen!
Da stürmte die Grenzen die Invasion —
man sah sie um Ware sich raufen.
Wir schnallten den Bauchgurt ins letzte Loch
das fraß und soff um so toller!
Das konnte es ja (wißt ihr es noch?)
für'n Dollar, für'n Dollar, für'n Dollar!

Doch auf die gerümpten Besiegten folgt jetzt
der „Sieger" höchstselbst — verkattert,
wie durch Kaufhaus und Schwemme der Dollar hetzt
und im Auto die Boulevards durchknattert . . .
Es kracht sein Frank und — sein „Bundesgenoß",
der plündert und „lebt" um so toller!
Da stürzt er mit Knüppel und Steingeschoß
auf den Dollar, den Dollar, den Dollar . . .

„Gesalzenes und Gepfeffertes". 1000 Witze und Anekdoten von G. Wartlik. 192 Seiten. Titelbild von B. Koch (Gotha). Preis geheftet 3,50 Mk. Max Hesse, Verlag, Berlin W. 15. Die Zeiten sind ernst. Die Zeiten sind schlecht. Jeder jammert und stöhnt. Das beste Mittel gegen Sorgen ist nach Busch Lisor. Aber auch der hat seine Schattenseiten. Da hatte es in Zukunft mit dem Buch von Wartlik. In Priesterlicher Stimmung habe ich es zur Hand genommen und begann zu lesen. Bath vergaß ich die Umwelt, vergaß, was mich drückte und lachelte und las weiter und lachte aus vollem Halse. Und trieb den Witz zum Erzählen an und nahm mit vor, jene Anekdote nächstens zum Besten zu geben. Kurz, aus dem grauen Alltag war ein Tag voll Sonnenschein und Fröhlichkeit geworden. Und als ich endlich das Buch zuklappte, da dachte ich mir: Was Werner Koch (Gotha) auf dem Titelbild so eindrucksvoll dargestellt hat, was der Titel anzeigt und das Buch so trefflich hält, es nützt nichts, von Zeit zu Zeit brauchen wir etwas „Gesalzenes und Gepfeffertes". —r—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260727-12/fragment/page=0002

Reichsregierung und Arbeitslose.

Mangelhafte Klarheit über die Durchführung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wie wenig bis bisherigen Verlautbarungen der Reichsregierung über ihre Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Oeffentlichkeit beruhigt haben, zeigen die von Tag zu Tag sich häufenden alarmierenden Artikel der führenden Blätter aller Parteirichtungen über die Arbeitslosenfrage. Auch in den bürgerlichen Parteien erkennt man allmählich den Ernst der Situation. Man sieht mit Bangen dem kommenden Winter entgegen, wo in Deutschland aller Voraussicht nach 3 Millionen ganz oder halb arbeitslose Menschen ein Jammerdasein zu führen gezwungen sind. Die Häufung der von allen Seiten kommenden Programme und Vorschläge zur Behebung der Arbeitslosigkeit ist nur ein Zeichen dafür, daß bis zur Stunde die Regierung noch keine volle Klarheit darüber gegeben hat, wie sie das Arbeitslosenprogramm des Reichstages praktisch durchzuführen gedenkt. Müßsam muß sich die Oeffentlichkeit selbst einen Weg durch das Labyrinth der Mitteilungen und Verlautbarungen bahnen.

Man weiß noch nichts Genaues über die Kanalbauten. So weit wir unterrichtet sind, kommen für die Weiterführung des Mittellandkanals und die Ausführung einiger kleinerer Kanalpläne, wenn es hoch kommt, zunächst vielleicht 50 Millionen in Frage. Bis diese 50 Millionen wirklich Arbeit flottgemacht haben, wird noch eine gewisse Zeit vergehen, denn die Kanalbaupläne müssen vertraglich mit den Ländern geregelt werden. Bei der Reichspost weiß man bis zur Stunde auch noch nicht, wieviel durch ihr Auftragsprogramm tatsächlich zusätzliche Arbeit geschaffen werden kann. Auch ist die Entscheidung des Verwaltungsrats noch nicht gefallen. Bei dem Bauprogramm bleibt man zunächst im großen und ganzen im Rahmen der bisherigen Finanzierung durch Hauszinssteuer und verbilligten bzw. verlängerten Zwischenkredit. Von der Reichsbahn weiß man nur, daß von den 100 Millionen, die neben den 52 Millionen für Bahnerweiterungsbauten vom Reich zur Verfügung gestellt wurden, 30 für den Gleisumbau Verwendung finden. Damit werden etwa 500 Kilometer umgebaut. Die Reichsbahn erklärt, man könne jetzt nicht den Umbau größerer Strecken vornehmen, weil der Herbst bald da sei. Nach der Auffassung in den Kreisen der Eisenbahnarbeiter könnte aber sehr wohl der Umbau weiterer 500 Kilometer in Angriff genommen werden. Für den größten Teil der restlichen 70 Millionen werden Lokomotiven neuen Typs bestellt. Im übrigen will die Reichsbahn mit 162 Millionen die Elektrifizierung der Berliner Vorortbahnen vornehmen, und zwar wird das Elektrifizierungsprogramm auf drei Jahre verteilt. Für Notstandsarbeiten im engeren Sinne stehen, alles in allem, neu etwas über 200 Millionen bereit, über die noch verfügt ist. Ueber die Arbeitsbeschaffung in der Landwirtschaft weiß man nur, daß 60 Millionen für die Landarbeiterwohnungsbau zur Verfügung gestellt werden und für die Errichtung neuer Bauernstellen 250 Millionen, auf fünf Jahre verteilt. Auch hier ist zwischen den beteiligten Ressorts noch nicht restlose Klarheit geschaffen. Es schweben noch Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Reichsarbeitsministerium. Die Länder haben noch keinen Bescheid. Wie wir hören, sollen die Mittel für die Bauernsiedlung noch erhöht werden. Ueber die Verstärkung der Meliorationsarbeiten, Oedlandkultivierung u. dergl. verlautet ebenfalls noch nichts Bestimmtes.

Die Oeffentlichkeit hat ein Recht darauf, nun endlich einmal von der Reichsregierung klipp und klar zu hören, wieviel zusätzliche Arbeit für die gelernten und ungelernten Arbeiter geschaffen wird, damit die Auswirkung der ganzen Arbeitsbeschaffungsaktion abgeschätzt werden kann und die Arbeitslosen wissen, woran sie sind. Es wäre ein furchtbarer Fehler, wollte man, ähnlich wie im Frühjahr dieses Jahres, einfach zunächst einmal zusehen, wie sich die Hilfsmaßnahmen auswirken. Von den Ereignissen sich überraschen lassen, ist bekanntlich das Gegenteil von Politik.

Die Berufsausbildung der jugendlichen Erwerbslosen.

Auf der Arbeitsbeschaffungskonferenz ist von den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums und des Städtetages auch die überaus wichtige Frage der Berufsfortbildung der jugendlichen Erwerbslosen gestreift worden. Zur genaueren Erörterung dieses für den Arbeitsnachweis höchst bedeutsamen Problems findet in etwa acht Tagen eine Besprechung statt, die vom Städtetag aus veranstaltet wird. Die Anregung zu dieser Veranstaltung geht hauptsächlich von den Städten aus, die sich bisher schon für die Berufsausbildung jugendlicher Erwerbsloser eingesetzt haben. Reich und Länder werden zu der Besprechung eingeladen.

Das bekannte Justizhandwerk.

Ueberfallene Reichsbannerkameraden werden in den Anklagezustand versetzt.

Am Sonntag, dem 18. Juli, kam es zwischen Reichsbannerleuten der Ortsgruppe Langendreer und Mitgliedern des Vereins ehemaliger Heeresangehöriger aus Laer zu einer Schlägerei. Die Rechtspresse brachte über den Vorfall einen völlig tendenziösen Artikel unter der Ueberschrift „Reichsbannerüberfall auf friedliche Kriegervereinler." In dem Artikel, der fast durch die ganze deutsche Rechtspresse lief, wurde von „Banditen" und „Mordbuben" gesprochen, die mit Messern und Totschlägern über wehrlose und friedliche Kriegervereinler hergefallen seien. Die Folge der Pressehetze war, daß von der Bochumer Staatsanwaltschaft sieben Reichsbannerfunktionäre verhaftet wurden, die seit Tagen im Gefängnis sitzen, während den Kriegervereinlern bis jetzt kein Haar gekrümmt wurde.

Wie hat sich die Schlägerei in Laer in Wirklichkeit abgespielt? Am 18. Juli fand in Bochum ein Kreisverbandsaufmarsch des Reichsbanners statt, zu dem die einzelnen Gruppen aus der Umgebung eingeladen waren. Durch den Ort Laer, in dem eine Feier des Vereins ehemaliger Heeresangehöriger stattfand, marschierte um die Mittagsstunde eine etwa 100 Mann starke Reichsbannerabteilung aus Langendreer. Bei dem Vorbeimarsch vor der Wirtschaft „Zur Post" waren die Kriegervereinler aus dem Lokal. Sie provozierten auf alle mögliche Weise die Reichsbannerleute und marschierten quer über die Straße in eine Seitengasse. Der Reichsbannertrupp ließ die Kriegervereinler ruhig vorüberziehen. Ein Teil drängte sich mitten durch die Marschgruppen des Reichsbannerzuges und machte dabei drohende und hämische Bemerkungen, wie zum Beispiel: „Nur Ruhe, die werden heute abend schon wieder zurückkommen müssen." In der Nacht zwischen 11 und 12 Uhr kam ein Reichsbannertrupp von noch nicht 20 Mann auf dem Rückweg wieder an der Wirtschaft vorüber. Als die Kriegervereinler die Reichsbannerleute singen hörten, stürzten sie aus dem Gasthof, und gleich darauf vernahm man Hilferufe von zwei Reichsbannerkameraden, die etwas hinter dem Trupp zurückgeblieben waren und von den Kriegervereinlern angefallen wurden. Die Angreifer konnten jedoch in das Lokal zurückgedrängt werden. Als aber der Reichsbannertrupp weitermarschieren wollte, kamen plötzlich 60 bis 70 Kriegervereinler mit Gewehren (Modell 1871), Stuhlbeinen und dergleichen bewaffnet, auf die Reichsbannerleute zu. Erst jetzt begann die Schlägerei, die mit Verletzungen auf beiden Seiten endete. Von den Reichsbannerkameraden wurden mehrere durch Messerstiche verletzt.

Trotz der Beschimpfungen und Provokationen durch die Kriegervereinler, trotz des mit Uebermacht unternommenen Angriffs auf die Reichsbannerleute, die nur mit etwa 20 Mann zurückkamen und schon deshalb außer Verdacht sind, Prügeleien gesucht zu haben, hat es also die Staatsanwaltschaft fertig gebracht, lediglich auf Grund einseitiger Pressemeldungen in schärfster Form gegen Reichsbannermitglieder vorzugehen, sie von der Straße weg verhaften und tagelang festsetzen zu lassen. Also auch hier das übliche Verfahren unserer Justiz!

Brennender Nachtexpreß

Ein Eisenbahnzug bei 90 km Stundengeschwindigkeit in Flammen.

Zwei Waggons des Nachtexpreßzuges, der zwischen den Stationen Paddington und Penzance auf der Londoner Ringbahn verkehrt, standen kürzlich in hellen Flammen, während der Zug mit einer Stundengeschwindigkeit von 90 Kilometer dahinraste. Der starke Luftzug trug nur dazu bei, die Flammen zu heller Glut zu schüren. In den Waggons lagen die Passagiere in festem Schlaf, und es war nur der Geistesgegenwart eines Mannes zu danken, daß der brennende Zug zum Stehen gebracht wurde, ohne daß Menschenleben zu beklagen waren. Das Feuer war im Gepäckwagen ausgebrochen und hatte längere Zeit geschwelt; denn bei der Durchfahrt durch die letzte Station hatte der diensthabende Schrankenwärter noch nichts Auffälliges an dem durchfahrenden Zug bemerkt. Wenige Minuten darauf war ein Mann durch die Hitze wach geworden und in den Gang hinausgetreten. Er sah hier zu seinem Schrecken, wie die Rauchschwaden aus dem Gepäckwagen aufstiegen. Mit Hilfe eines herbeigerufenen Reisegefährten öffnete er die Tür zum Gepäckwagen, aus dem ihnen die hellen Flammen entgegenschlugen. Da sich alle Bemühungen, mit Hilfe der Feuerlöscher den Brand zu überwältigen, als vergeblich erwiesen, zogen sie die Notleine, und es gelang, kurz vor London den brennenden Zug zum Stehen zu bringen. Glücklicherweise nahmen die Flammen den Weg nach oben, so daß es möglich war, sämtliche Passagiere aus dem brennenden Wagen herauszubringen. Das Gepäck wurde freilich ein Opfer der Flammen. Nachdem die beiden brennenden Wagen abgehängt waren, konnte der Zug die Fahrt fortsetzen. „Es war das Merkwürdigste, was ich in meinem Berufsleben erlebt habe," erklärte ein Lokomotivführer, der die Fahrt mit dem Zug mitgemacht hatte, „ein Zug, der mit einer Stundengeschwindigkeit von 90 Kilometer in Flammen gehüllt dahinfährt, ist ein Schauspiel, das ein Eisenbahner ein zweites Mal schwerlich zu sehen bekommt. Die beiden Wagen brannten wie Fackeln und beleuchteten taghell die Felder auf beiden Seiten der Strecke. Es sah aus, als ob der Zug sich zu einem rollenden Feuerwerk verwandelt hätte."

Gescheiterter Arzt.

Im Strudel der Großstadt gescheitert ist in Berlin ein junger praktischer Arzt Dr. Kritzmann, der nach seinem Staatsexamen aus Thüringen nach der Reichshauptstadt gekommen war und sich hier niedergelassen hatte. Er stürzte sich sehr rasch in das Getriebe des Großstadtlebens und geriet bald in zweifelhafte Gesellschaft und üble Tanzlokale. Seit längerer Zeit schwebt gegen ihn bereits ein Strafverfahren, da er den Besuchern eines Tanzlokals im Berliner Westen ohne ärztliche Untersuchung Kokain verschrieb, teils unentgeltlich, teils für 1 Mk. oder sogar nur einige Zigaretten. Jetzt hatte sich dieser Arzt wegen Vornahme unerlaubter Eingriffe gegen Entgelt und fahrlässiger Tötung zu verantworten. Er hat in zahlreichen Fällen Abtreibungen vorgenommen und ist dabei mit einem solchen Mangel an medizinischen Kenntnissen vorgegangen, daß eine Frau, die aus Eifersucht zu ihm gekommen war, an den Folgen der Operation verstarb. Der Staatsanwalt hatte eine mehrjährige Zuchthausstrafe beantragt; den Verteidigern gelang es unter Hinweis darauf, daß Dr. Kritzmann seine ärztliche Ausbildung im Kriege erhalten habe, das Gericht für mildernde Umstände zu bewegen, so daß er mit einer Strafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis davonkam.

Die Selbstmord-Epidemie in Berlin

hat am Sonntag wieder neun Opfer gefordert. Wegen unheilbarer Krankheit erschoß sich ein 72 Jahre alter Kriminalbeamter, nachdem sich die 61 Jahre alte Ehefrau die Pulsadern geöffnet hatte und ebenfalls den Tod fand. Wegen Familienstreitigkeiten vergiftete sich eine 52 Jahre alte Frau mit ihrer 15 Jahre alten Tochter durch Gas. Wegen Nahrungssorgen erschoß sich ein 64 Jahre alter Fleischermeister, wegen Herzkrankheit ein 38 Jahre alter Kaufmann; ein 59 Jahre alter Kellner erhängte sich wegen eines schweren Leidens und ein Ehepaar suchte wegen geschäftlicher Schwierigkeiten den Tod. Nachdem der Mann sich erschossen hatte, gelang es, die Frau noch zu retten und in Schutzhaft zu nehmen. Schließlich schnitt sich ein 30 Jahre alter Postschaffner die Pulsadern durch.

Im Schneesturm erfroren sind in den Alpen am Bratschenkopf zwei Wiener und zwei Reichsdeutsche, zusammen mit dem Führer Meyerhofer. Die Leichen konnten geborgen werden.

Eine Massenvergiftung hat sich auf dem Linienschiff „Hannover" in Wilhelmshaven ereignet. 141 Matrosen mußten ins Marinelazarett eingeliefert werden. Die Vergiftung wird auf den Genuß von rohem Hackfleisch zurückgeführt. Bei keinem der Erkrankten besteht Lebensgefahr. — Bei einem polnischen Regiment in Lucf sind ebenfalls 120 Soldaten plötzlich an Vergiftungserscheinungen erkrankt.

Durch Explosion eines Artilleriegeschosses wurden auf dem italienischen Schießplatz bei Caneo 4 Soldaten getötet, 2 schwer und 8 leicht verletzt.

Im Bade vom Haifisch verschlungen.

Zu einem aufsehenerregenden Zwischenfall kam es kürzlich in dem am Golf von Genua gelegenen Seebad Varazze, das besonders von den Mailändern stark besucht wird. Der älteste Sohn der Mailänder Familie Marsieri hatte sich mit seinem Vetter Baldi an den Strand begeben, und die beiden jungen Leute beschlossen, eine Wette im Schnellschwimmen auszutragen. Sie hatten bereits 1 Kilometer zurückgelegt und befanden sich ungefähr 200 Meter vom Strand, als Baldi, der an der Spitze schwamm, hinter sich einen gellenden Schrei hörte. Er sah gerade noch, wie sich sein Vetter verzweifelt an der Oberfläche des Wassers gegen etwas wehrte und dann plötzlich im Wasser verschwand. Sein Schrecken steigerte sich zum Entsetzen, als er an der Stelle, wo sein Vetter verschwunden war, den mächtigen Schwanz eines Riesenhaifisches erblickte, der das Wasser mit wilden Schlägen peitschte. Der Vorfall war auch vom Ufer beobachtet worden, und einige Badegäste stiegen sofort ins Boot und eilten mit starken Ruderschlägen an den Schauplatz des Unglücks. Sie fanden den überlebenden jungen Mann, der einer Ohnmacht nahe war; von dem Verschwundenen selbst war aber keine Spur zu entdecken. Man rüstete sofort eine Hilfsexpedition aus, um wenigstens die Leiche des Unglücklichen zu bergen oder den Haifisch zu fangen. Aber alle Mühe war vergebens. Umsonst suchte man das Wasser mit Netzen ab und setzte die Bemühungen den ganzen Tag über fort, ohne etwas von dem Unglücklichen zu finden, der erschöpft das Opfer eines Menschenhaies geworden war. Die Fischer wollen das Tier einige Tage vorher gesehen haben.

Bergwerksunglück.

Westerholt, 27. Juli. (WTB.)

Auf der Schachtanlage Westerholt ging heute abend nach Beginn der Nachtschicht eine Förderstrecke zu Bruch. Von den im Flöz 7 auf der zweiten Sohle beschäftigten Bergleuten wurden drei Mann durch das niedergehende Gestein abgeschnitten. Die sofort aufgenommenen Rettungsarbeiten ergaben, daß die Abgeschnittenen lebend und unverletzt sind. Eine Verständigung mit ihnen war möglich. Es besteht die Hoffnung, sie im Laufe des nächsten Tages zu befreien. Die Nachtschicht mußte nach Bekanntwerden des Unglücks, das auf Bewegung im Gestein zurückzuführen sein dürfte, ausfahren.

Unter dem Verdacht des Vatermordes.

Innsbruck, 27. Juli. (WTB.)

In Tschupbach, Gemeinde Serfaus, wurde, wie die „Neueste Zeitung" meldet, der Sohn Ernst des Gastwirts Kaßler unter dem dringenden Verdacht verhaftet, in der letzten Woche seinen Vater getötet zu haben.

Rohes Obst, Wasser und Tod.

In Rothenbergen bei Gelnhausen ist ein vierjähriges Kind, das nach dem Genuß von unreifen Obst Wasser getrunken hatte, unter qualvollen Schmerzen gestorben.

Auf der Bahnfahrt Wetzlar—Limburg trank ein junges Mädchen eine Flasche Selterswasser und ab unmittelbar darauf Stachelbeeren. Nach kurzer Zeit stellten sich schwere Magenkrämpfe ein, die den Tod bald darauf herbeiführten.

Geohrfeigt wurde der amerikanische Gesandte in Bukarest während einer Reise nach Bessarabien. Auf einer Station verließ er während des Aufenthalts den Zug in Hemdsärmeln, da er wegen der großen Hitze den Rock ausgezogen hatte. Ein rumänischer Hauptmann rempelte ihn wegen dieser „ungebührlichen" Kleidung an, und bei dem entstehenden Wortwechsel versetzte der Hauptmann dem Gesandten einen Schlag ins Gesicht.

Eine Blindenzeitung erscheint — zunächst wöchentlich einmal, später zwei- bis dreimal — in München. Die Zeitung soll in größerer Auflage erscheinen. Die verwendete Punktschrift ist von einem Münchener August Messerklinger erfunden.

Zwei Hochstapler, die sich als Irländer ausgaben und ihre Opfer besonders unter amerikanischen Europabesuchern auswählten, wurden in Wien festgenommen. Bei dem einen fanden sich, in der Rocktasche eingenäht, noch 21 000 Mk. Man vermutet, daß es sich um die zwei Gauner handelt, die vor kurzem in Berlin einen Amerikaner um 80 000 Mk. beschwindelten, bei dem sie sich als Landsleute ins Vertrauen gesetzt hatten.

Hauseinsturz infolge von Regenfällen. Aus Bombay wird gemeldet: Infolge eines schweren Regengusses stürzte ein Haus, in dem ungefähr 200 Fabrikarbeiter wohnten, ein. Dabei wurden 6 Personen getötet und 10 andere Personen mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Fünf Todesopfer von Juist. Wie die „Vossische Zeitung" meldet, ist der bei dem Flugzeugunglück auf Juist schwerverwundete Herr Stoick aus Veitheim seinen Verletzungen erlegen. Das Unglück hat also fünf Todesopfer gefordert. Die Leichen sind von der Staatsanwaltschaft zur Bestattung freigegeben worden.

Eine Landgemeinde zum größten Teil durch Feuer zerstört. In Mellmannsreich, Gemeinde Oberkappel, wurden durch ein Großfeuer 25 Anwesen eingeäschert. Der Schaden beträgt ungefähr 300 000 Schilling.

Die Gründe der Maßregelung des Herrn Sinowjew.

Das Zentralkomitee der russischen Kommunistischen Partei hat Sinowjew von seinem Posten als Mitglied des Politischen Bureaus des Zentralkomitees abberufen und in Verbindung mit der Zahl der Kandidaten des Zentralkomitees ausgeschlossen. Ihnen wurde gleichzeitig in schärfster ein Verweis erteilt und der Ausschluß aus der russischen Kommunistischen Partei angedroht. Die Unterdrückung der sogenannten linken Opposition in der russischen Kommunistischen Partei ist damit endgültig durchgeführt. Aber die in ihr wirksamen Gegensätze sind deshalb nicht aus der Welt geschafft. Die Veröffentlichungen der amtlichen russischen Telegraphenagentur über die Abberufung Sinowjews lassen vielmehr erkennen, daß diese Gegensätze auf die Kommunistische Internationale übergegriffen haben.

Durch diese amtlichen russischen Veröffentlichungen erfährt die Oeffentlichkeit, daß die Dinge in der russischen Kommunistischen Partei bis an die Grenze der Spaltung gediehen sind. Die Vorwürfe gegen Sinowjew gipfeln darin, daß er die Leitung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale benutzt habe, um die Opposition in außerrussischen kommunistischen Parteien großzuziehen, daß er ferner eine geheime Parteifraktion aufgezogen habe und schließlich, daß er eine geheime Fraktionsversammlung in einem Walde (!) bei Moskau abgehalten hat. Die Versammlung soll von bewußten Funktionären bewacht worden sein. Diese Anschuldigungen lassen erkennen, mit welcher Schärfe der Kampf der Fraktionen in der russischen Kommunistischen Partei durchgeführt wird. Für das, was Sinowjew vorgeworfen wird, wären Sozialdemokraten nach Sibirien geschickt worden. Für viel weniger sind Sozialdemokraten zu langjähriger Kerkerstrafe verurteilt worden....

Die Grundlage des Fraktionsstreites bilden Differenzen über den neuen Kurs der innerrussischen Politik. Es handelt sich um die Frage, ob die Arbeiterschaft oder das Bauerntum die bevorrechtete Klasse im Sowjetstaat sein soll. Die Opposition, geführt von Sinowjew, hat gegen die aus realpolitischen Erwägungen auf die Bauernschaft abgestellte Politik der Parteimehrheit auf dem letzten Parteikongreß öffentlich protestiert. Seitdem wird sie von der Parteimehrheit mit allen Mitteln unterdrückt.

Es ist ein eigenartiges Geschick, das Sinowjew erleidet. Als Vorsitzender des Präsidiums der Kommunistischen Internationale hat er alle außerrussischen Parteien kritisiert und geschulmeistert. Er hat ihre Politik für falsch erklärt und durch die Exekutive der Kommunistischen Internationale in die Politik außerrussischer kommunistischer Parteien eingegriffen. Als er es gewagt hat, gegen die Politik der russischen Kommunistischen Partei zu opponieren, hat diese mit einer Maßregelung geantwortet. Das ist eben der Unterschied: die Kommunistische Internationale ist ein Instrument der russischen Kommunistischen Partei.

Heute Regierungserklärung Poincarés.

Eine sichere Majorität.

Paris, 27. Juli. (Radiomeldung.)

Die Regierung Poincaré stellt sich heute nachmittag um 3 Uhr den beiden Kammern vor. Im Senat wird Justizminister Barthou, in der Kammer Poincaré selbst die Regierungserklärung verlesen. Sie wird, daran ist nicht zu zweifeln, bei den bürgerlichen Fraktionen eine günstige Aufnahme finden. Was die Interpellationen anlangt, die der Regierung vielleicht ungemütlich werden könnten, so beabsichtigt Poincaré ein-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260727-12/fragment/page=0003

sich unter Stellung der Vertrauensfrage die Vertagung ihrer Besprechung zu verlangen. Unter diesen Interpellationen befinden sich zwei sozialistische über die allgemeine Politik der Regierung und zwei weitere, ebenfalls von Sozialisten eingebrachte, über die Maßregeln, die die Regierung angesichts der in der letzten Zeit enorm gestiegenen Brotpreise zu ergreifen gedenkt. Poincaré wird jedoch den Standpunkt vertreten, daß die bevorstehende Beratung seiner Finanzentwürfe den Interpellanten Gelegenheit geben wird, ihn über die allgemeine Politik des Kabinetts zu befragen. Da er, wie gesagt, an die Vertagung die Vertrauensfrage knüpfen wird, so besteht kein Zweifel darüber, daß die gesamten bürgerlichen Parteien dafür zu haben sein werden. Dagegen werden aller Voraussicht nach nur die Sozialisten und Kommunisten geschlossen stimmen. So wird dem Kabinett zum mindesten ein bedeutender Anfangserfolg beschieden sein. Die Regierungserklärung wird mindestens mit 250 Stimmen gutgeheißen werden.

Schwere Anklage gegen den bayerischen Justizminister.

„Wegen schwerster Verbrechen mit auf die Anklagebank."

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Levi veröffentlicht in der Dienstag-Ausgabe des „Vorwärts" eine Antwort auf die Angriffe der bayerischen Presse, besonders des Staatsanwalts Dr. Schaeffer, der wir folgendes entnehmen:

Ich glaube auf Grund meiner ziemlich genauen Kenntnis der Akten sagen zu können: die unteren Organe, auch bei der Polizei, haben im allgemeinen (Unterfuchung Fememorde) gut und willig gearbeitet. **Daß keine der Mordtaten zur Sühne gelangte, lag an oberen Stellen und an dem Einfluß eines Kreises von höchstens zwanzig Leuten, die die Mörder deckten.** Leider ist der gegenwärtige bayerische Justizminister Dr. Gürtner dem Einfluß dieser Leute unterlegen. Er, in seiner damaligen Eigenschaft als Oberregierungsrat im Justizministerium, ist am 14. März 1921 **dem Staatsanwalt in den Arm gefallen**; er hat bewirkt, daß die Mörder des Kellner Hartung — zum Teil identisch mit denen der Sandmeyer — nicht der verdienten Strafe zugeführt werden konnten. Es gibt in München Beamte genug, die in jenen schrecklichen Jahren sich Ehre und Anstand genug bewahrt haben, um das Gürtnersche Vorgehen in seiner ganzen Bedeutung begriffen zu haben. Ich kann der bayerischen Regierung die Namen nennen; sie sind übrigens aus den Akten ersichtlich.

Dieser Justizminister befindet sich seitdem in der Hand der Mörder bzw. ihrer Hintermänner. Sie sind jederzeit in der Lage, das Zustandekommen der damaligen „Interventionen" des Oberregierungsrates Gürtner zu enthüllen, den von dem gegenwärtigen Justizminister geleisteten Eid durch ihr Zeugnis wirksam zu ergänzen und damit **den gegenwärtigen Justizminister wegen schwerster Verbrechen mit auf die Anklagebank zu bringen.** Nur unter diesem Gesichtspunkt ist für mich der Erlaß des bayerischen Justizministers vom 11. Juni d. J. von Interesse. Er verstößt gegen Artikel 14 der Reichsverfassung und ist nicht erlassen, um gegen die Reichsverfassung zu verstoßen, sondern um ganz allgemein den bayerischen Justizbehörden den Wink zu geben, wie die „Berliner" Schritte zu beurteilen sind. Er ist die **versteckte Intervention im Verfahren gegen Schweikert**; ob es daneben noch verdeckte gibt, weiß ich nicht. Ein Resultat ist jedenfalls erreicht: die Freilassung des Schweikert.

Die kriminalistische Erledigung der in Bayern begangenen Morde ist allein die Aufgabe der bayerischen Behörden, die ihnen niemand verkümmern will und um die sie selbst niemand beneidet. Der Beginn aber jeder kriminalistischen Erledigung wird immer sein müssen, den gegenwärtigen bayerischen Justizminister wegen seiner am 14. März 1921 begangenen Intervention zugunsten der Beurer, Neunzert, Berchthold, Bally, d. h. der Mörder des Hartung, neben den Mördern auf die Anklagebank zu bringen, sei es nach § 346 StrGB., sei es wegen schwerer Delikte.

Internationales Eisenkartell.

Die „Rheinisch-westfälische Zeitung" will von gutunterrichteter Seite erfahren haben, daß in der am Freitagvormittag stattfindenden Versammlung der internationalen Eisenproduzenten die Unterzeichnung des Vertrages über das internationale Eisenkartell mit ziemlicher Bestimmtheit zu erwarten sei. Die Zustimmung der Reichsregierung sowie des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der eisenverarbeitenden Industrie zum Abkommen sei gesichert.

Die Kosten des Volksentscheids.

Weit über zwei Millionen!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gibt soeben eine Uebersicht über die geleistete Arbeit bei der Kampagne zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten heraus. Danach sind an Gesamtkosten der Sozialdemokratischen Partei einschließlich ihrer Bezirke und Ortsgruppen

2 042 055,91 Mark

entstanden. Diese setzen sich aus folgenden Posten zusammen:

Die Zentrale hat für gelief. Material aufgewendet	448 988 85 Mk.
An Versammlungskosten entstanden	735 593,75 „
Für Flugblätter wurden ausgegeben	425 244,23 „
Für Plakate wurden ausgegeben	105 466,21 „
Sonstiges Material und sonstige Unkosten . . .	326 763,37 „

Es wurden verbreitet: 72,5 Millionen Flugblätter, 12 Millionen Handzettel, 3,5 Millionen Plakate, 6 Millionen Broschüren, 14 Millionen sonstiges Material, insgesamt also 108 Millionen Stück Drucksachen.

32 920 öffentliche Versammlungen

wurden von der Sozialdemokratischen Partei veranstaltet (davon zum Volksentscheid 19 942).

Die Riesenarbeit konnte nur geleistet werden durch die ehrenamtliche Tätigkeit vieler tausender Funktionäre, die ohne Entgelt im Interesse der Sache tätig waren.

Was die Kommunistische Partei für den Kampf aufgewendet hat, ist nicht bekannt, wohl aber hat der Kuczynski-Ausschuß in seinem Mitteilungsblatt am 10. Juli eine Uebersicht gegeben. Danach hat er 8 Millionen Flugblätter, 25 000 Plakate, 118 000 Broschüren ausgegeben.

Versammlungen hat der Kuczynski-Ausschuß nach seinem eigenen Bericht im Reiche einschließlich Berlin 110 veranstaltet. An Gesamtkosten nennt der Kuczynski-Ausschuß den Betrag von 51 000 Mk.

Reichsbannerkameraden!

Zu der am 7. u. 8. August in Bitterfeld stattfindenden

Gauverfassungsfeier

werden alle Kameraden und Republikaner herzlich eingeladen, daran teilzunehmen.

Kameraden! In allen Ortsgruppen muß eine intensive Werbearbeit einsetzen. Ein Massenaufmarsch muß neue Bresche schlagen, zum Segen der Republik und für den Gedanken eines künftigen geeinigten Großdeutschland.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.
Ortsgruppe Bitterfeld.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft u. Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Lokales und Kommunalpolitik: F. S.: Alfred Wielepp; für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Wielepp; für den Sportteil: Heinz Habicht; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei. e. G. m. b. H. Harz 42/44

Maizena für das Nährmehl — Säuglinge, Kinder, Kranke

Frau Luse kommt! 4765

Vereins-Kalender
der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg
Sekretariat der SPD. Halle Harz 42/44, Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Halle
Arbeiterwohlfahrt. Mittwoch, den 28. Juli, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus: Vorstandssitzung.

Aus dem Bezirk.
Holzweißig. Mittwoch, den 28. Juli, in Sonntags Kokole: Versammlung. Wichtige Tagesordnung, u. a. Vortrag des Genossen Fischer über „Weltliche Schule". Volksblattleser und Reichsbannerkameraden herzlich eingeladen.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold
(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)
Gau Halle. Am 15. August 1926 findet in Nürnberg die diesjährige Reichsverfassungsfeier statt. Der Gau Halle entsendet eine Fahrtenabordnung und bitte alle Kameraden, welche sich an der Fahrt beteiligen wollen, ihre Adresse der Gauleitung Halle, Harz 42-44, mitzuteilen. Es ist beabsichtigt, am Freitag, dem 13. August, abends 6.55 Uhr, nach Nürnberg abzufahren. Die Rückfahrt soll Dienstag, den 17. August, mittag 12.37 Uhr, stattfinden. Die Gauleitung plant Gesellschaftsfahrt. Fahrpreis einschließlich Festessen 15 Mk. Die Rückfahrt erfolgt in Leipzig. Von dort nach Halle nur D-Zug benutzt werden. Fahrkarte für D-Zug löst jeder Kamerad selber.

Ortsgruppe Halle
Mittwoch, den 28. Juli, abends pünktlich 8 Uhr, im „Volkspark", Kartellsammler: Große Funktionärsitzung.

Sonstige Vereine
Mittwoch, den 28. Juli 1926, abends ½8 Uhr, in der Jugendherberge: Sprechchor-Probe. 4751

Bekanntmachung.
Auslegung der Urliste der Personen, welche zu dem Schöffen- und Geschworenenamte berufen werden können, vom 28. Juli bis einschließlich 4. August 1926, vorm. 8 bis 12 Uhr im Büro VIII, Schmeerstraße 1 III, Zimmer 24.
Etwaige Einsprüche werden entgegengenommen. 4762
Halle, den 22. Juli 1926.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.
Am Schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die Fluchtlinie der Straße B zwischen Kirchtor und Neuwerk.
Halle, den 22. Juli 1926. 4761
Der Magistrat.

Wir suchen für den hiesigen Platz und Umgebung zum direkten Vertrieb unserer Margarine in schwarz-rot-goldener Packung an Verbraucher 4760
Vertriebsleiter
die in republikanischen Kreisen bestens bekannt sind. Geeigneten Herren ist Gelegenheit zur Gründung einer Ia Existenz geboten.
Ausführliche Bewerbungen erbeten an
Rei-Ba-Ma Margarine G. m. b. H., Magdeburg
Moltkestraße 9

SARRASANI
Halle - Roßplatz. Tel. 9617. Nur noch 8 Tage.
Die schönste Schau zweier Welten
Die achtfache Völkerschau
Die Revue der Tierwelt
Die Schau der Schönheit. 4758
Täglich 7.30 Uhr
Morgen Mittwoch sowie Sonnabend und Sonntag **auch 3 Uhr.**
Sarrasani - Nachmittags - Vorstellungen zeigen ein vollwertiges Abendprogramm. Zu Sarrasani - Nachmittags - Vorstellungen zahlen Kinder bis zu 14 Jahren halbe Preise. Sarrasanis Nachmittags-Vorstellungen ermöglichen die bequemste Heimkehrmöglichkeit für Bewohner der Umgebung.
Eintrittspreise 50 Pfg. bis 5 Mk.

Wilhelm II.
Von Emil Ludwig.
„Ungekürzte Volksausgabe"
für 4,80 Mk. in Ganzleinen gebunden.
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität"
Gau 17 Gegründet 1896 Gau 17
Großes Gau-Sportfest in Weißenfels
Sonntag, den 1. August 1926
Sonnabend, den 31. Juli, findet im Volkshaus zu Ehren der auswärtigen Bundesmitglieder ein **Kommers** unter Mitwirkung des gesamten Sportkartells Weißenfels statt.
Sonntag, den 1. August, früh 6 Uhr: Wecken.
Früh 9 Uhr: Zusammentreffen der auswärtigen Bundesgenossen auf der Promenade. Daselbst Ansprache.
Mittags 12 Uhr: Antreten auf der Promenade zur Korsofahrt durch die Straßen Weißenfels nach dem Sportplatz. Daselbst Reigen- und Kunstfahren sowie Radballspiele.
Abends 6 Uhr: Auftreten der Weltmeisterschaftsfahrer-Familie Enzesberger (Halle) im Volkshaus.
Die Einwohnerschaft von Weißenfels und Umgegend ist zu den Veranstaltungen höflichst eingeladen.
Der Gausportausschuß
Der Gauvorstand.

Unsere Freunde
und Leser wollen bei ihren Ausflügen in allen Wirtschaften und Kaffees immer wieder das Volksblatt verlangen. / Nur so wird erreicht, daß überall unser Blatt ausliegt.

Walhalla
8 Uhr Tel. 8385
Tosender Beifall durchdröhnt allabendlich das vollbesetzte Haus!
Familie Knorke
mit
Rudolf Mälzer und **Anna Müller-Linde** 4764
wird noch 5 Tage gegeben.
Karten zu allen Knorke-Abenden bereits erhältlich!
Tageskasse ab 11 Uhr

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Die Koch- und Deutschmeister — kommen! — 4766

Gute Reklame durch inserieren im „Volksblatt" bringt **Gute Geschäfte**

Sommersprossen kann jed. in 10 Tag gänzl. beseitig. Auskunft kostenlos gegen Rückmarke. Frau Erna Brandenburg, Loessin, Berlin N. 65.

Gold- und Silberwaren, Trauringe
Oskar Grzimbke
Inh.: Alfred Koch
Goldschmied 3721
Landwehrstraße 7.
Werkstatt für Reparaturen u. Neuarbeit.

Jeder
Partei- und Gewerkschaftsgenosse kauft seine geistige Nahrung nur in seiner Parteibuchhandlung!
Wir empfehlen unser reichhaltiges Lager aus sämtlichen Wissensgebieten.
Volksblatt-Buchhandlung
Große Ulrichstraße 27
Bitterfelder Volksbuchhandlung
Bitterfeld / Steinstraße 3

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städt. Schlacht- und Viehhofe.
Bezahlt wurden am Montag, dem 26. Juli 1926:

Gattung	Für 50 kg Fleischgewicht in Goldmark: 1. höchster Preis	2. niedrigster Preis	3. häufigster Preis	Gefrierkeise
Ochsen	95	45	88	60–62
Bullen	96	85	92	
Kühe	96	50	87	
Jungrinder . . .	90	80	85	
Mastkälber . . .	—	—	—	
Saugkälber . . .	100	75	93	
Lämmer und Masthammel . . .	105	100	103	
Schafe	100	70	95	
Schweine einschließl. Mittel u. Geschlinge	96	92	95	

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260727-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 27. Juli 1926.

Zitternde Häuser.

Durch die Häuser der großen Stadt geht immer ein leises Beben. Tagsüber merkt man es nicht, da wird es von zu vielen anderen und gröberen Geräuschen und Erschütterungen überdröhnt und verschlungen. Da spürt man das Zittern der Mauern nur, wenn schweres Gefährt oder die sausende Eile des Hochbahnzuges vorüberrrollt. Dann horchen wir wohl einen Augenblick erstaunt, wie Fenster klirren oder Gläser gegeneinander schlagen. — Aber des Abends, wenn wir vor dem Einschlafen daliegen in der Stille und auch den leiseren Regungen lauschen, dann können wir es spüren, dieses unaufhörliche, ewige erregte und erregende Pulsen und Schwingen. Ganz leise schwankt die Lampe, ganz fein begleiten die Gläser auf dem Schrank ihr schaukelndes Schweben. Und wir empfinden, wie die ewige Unruhe aufsteigt aus dem Boden, der uns und unsere Häuser trägt, wie sich das Schwanken fortsetzt von Wand zu Wand, von Stockwerk zu Stockwerk empor. Wie fest und unerschüttert stehen die Häuser auf dem Lande auf der ruhigen, sicheren Erde! Der Grund aber, über dem sich bei uns Stockwerk auf Stockwerk wölbt, ist ausgehöhlt, ist durchzogen mit tausend stählernen Adern und Nerven. Und ewig pulst in ihnen ein geheimnisvolles Leben, und von ihren Mittelpunkten aus lassen sie ihre Ruhelosigkeit und Spannung nach überall hin verschwingen und verzittern . . .

Die Mohrenwäsche.

Wer die Mentalität der Vaterländischen kennt, der wundert sich nicht, daß sie ihrem toten Stahlhelmbruder Steinbach Lorbeer ums Haupt winden. In den Nachrufen, die sie ihm widmen, preisen sie ihn als „lieben Kameraden", und die Ortsgruppe Halle-Saalkreis der Deutschnationalen Volkspartei rühmt ihm nach, „im Denken und Handeln war er ein echter Deutschnationaler". Uns soll es recht sein, wenn die Deutschnationalen sich solcherweise porträtieren. Dadurch wird die Echtheit des Bildes, das wir von den Deutschnationalen des öfteren entworfen haben, nur bestätigt. Steinbach, der mit dem Knüppel und anderen Waffen in terroristischer Weise seine politische Meinung jedem anderen beizubringen suchte, war wirklich die Inkarnation deutschnationaler Unduldsamkeit.

In Anbetracht solcher Sympathien für Steinbach in rechtspolitischen Kreisen ist der Versuch, diesen Mann als einen unschuldigen Engel hinzustellen, nicht verwunderlich. Die Pressestelle der Ortsgruppe Halle des Stahlhelm unterzieht sich dieser Mühe, indem sie in der „Allgemeinen Zeitung" und in der „Hallischen Zeitung" die Vorgänge in einem Steinbach entlastenden Sinne darstellt. Die „Allgemeine Zeitung" versieht dieses Stahlhelmzeugnis mit der Ueberschrift: „Die Hallische Linkspresse als Anwalt eines Mörders", und glossiert dann „die Gesinnungsart der roten Blätter". Wir sind nicht in der Lage, die Behauptungen des „Klassenkampf" in bezug auf die Vorgänge vor der Kneipe Affäre nachprüfen zu können. Wenn aber der Stahlhelm die vom „Klassenkampf" behauptete Verteilung von ungeheuren Quantitäten Bier und Schnaps bei der Geburtstagsfeier des Stahlhelmers Beranek, an der auch Steinbach und sonstige teilgenommen hatten, bestreitet, wenn der Stahlhelm insbesondere unsere Feststellung bestreitet, daß Steinbach sternhagelbetrunken gewesen war, so wird insbesondere unsere Feststellung durch Zeugen bestätigt. Warum versucht denn der Stahlhelm den Angriff Steinbachs auf eine Frau in der Märkerstraße nicht ebenfalls abzustreiten, sondern als einen „vielleicht etwas derben Scherz" hinzustellen. Warum geht der Stahlhelm auf den Angriff Steinbachs gegenüber einer Frau in der Gastwirtschaft von Andree am Alten Markt (wo die Kumpane nach der Geburtstagsfeier weitergezecht hatten) überhaupt nicht ein? Der Stahlhelm hat wohl selbst das Empfinden, daß solche Attentate, von einem nüchternen Menschen verübt, ein noch größerer Skandal wären; somit muß er von der Betrunkenheit Steinbachs selbst überzeugt sein.

Steinbach sei nie ein Schläger und Rowdy gewesen, habe keinen Revolver und auch keinen Waffenschein besessen. Er habe immer Disziplin gehalten und niemals provoziert. Aber wenn er „angepöbelt" wurde, dann wußte er „die richtige Antwort" zu geben, „was angesichts seiner Körperkräfte den Herren vom Reichsbanner und Roten Frontkämpferbund des öfteren natürlich recht unangenehm war". So sieht der Unschuldsengel Steinbach in den Augen seiner Stahlhelmkameraden aus. Komisch, daß es nur eine Knallkorkpistole gewesen sein soll, die ihm die Polizei nach dem Zusammenstoß in der Gerlach-Versammlung im „Wintergarten" abnahm. Wozu mag sich wohl der Mann mit den riesigen Körperkräften mit solch einer harmlosen Waffe herumgeschleppt haben?

Zwei Zeugenaussagen, die in der „Allgem. Zeitung" veröffentlicht werden (von wem wurden die Zeugen verhört?), sollen nun den Schlosser Rümmler schwer belasten. Die erste stammt von der Frau des Malers Kapischke. Wir stellen fest, daß sie mit dem, was die „Allgemeine Zeitung" in Nr. 168 darüber berichtet hat, in bedeutendem Widerspruch steht, denn sie verschweigt, was dort gesagt wurde, nämlich daß Kapischke nach Rümmlers Wohnung hinaufgeschimpft haben soll. Frau Kapischkes Aussage wird erst Wert erhalten, wenn sie beeidet wird. Was jedoch die Aussage des Referendars a. D. K. betrifft, so spricht diese eher zugunsten Rümmlers. Danach soll dieser sich in das Kontor, in dem K. arbeitete, geflüchtet haben. Das ist gar nicht die Art eines Menschen, der morden will, und als Mörder wird Rümmler von den Freunden Steinbachs doch bezeichnet. Dieser „Mörder", ein 56jähriger Mann, ist übrigens vor kurzem erst von einem Auto überfahren worden, wobei er einen Beinbruch, drei Rippenbrüche und Kopfverletzungen davontrug. Da er sich deswegen immer noch in ärztlicher Behandlung befindet, läßt sich nicht vorstellen, daß er sich so kräftig gefühlt hat, einen Steinbach anzugreifen. Näher liegt schon die Annahme, daß er sich mit dem Mute eines Verzweifelten gegen die Angriffe auf sich verteidigt hat. K. gibt selbst zu, und Frau Kapischke bestätigt es, daß er Rümmler zur Kontortür auf den Hof hinausgedrängt hat. Hier stand Rümmler nun wieder seinem Gegner Kapischke gegenüber. Ein von einem Mörder bedrohter Mensch hätte die Zwischenzeit längst benutzt, um sich in Sicherheit zu bringen, hätte wohl auch veranlaßt, daß Polizei kam und den „Mörder" festnahm. Der Stahlhelmer Kapischke aber blieb ruhig draußen stehen, bis der „Mörder" wieder herauskam, um sich gegen den mit einem Messer drohenden (!) Rümmler — er hat also nur gedroht — mit einem Besenstiel oder Stock (wo mag der ahnungslos überfallene Kapischke dieses Werkzeug so schnell herbekommen haben) zur Wehr zu setzen. Frau Kapischke sagt im Gegensatz zum Referendar K. nichts von einer „drohenden" Stellung Rümmlers, sondern behauptet, R. habe sich sofort nach dem Hinausdrängen aus dem Kontor auf ihren Mann gestürzt und ihm noch drei Messerstiche beigebracht. In dem Augenblick sei Steinbach aus der Wohnung Kapischkes heruntergekommen, um K. beizustehen. Er habe R. mit einem Stock das Messer aus der Hand schlagen wollen, R. habe aber den Schlag abgewehrt, und in einigen Augenblicken hätte St. schwerverletzt am Boden gelegen.

Diese Darstellung, wie sie von dem Stahlhelm nahestehender Seite gegeben wird, zeigt, daß der Versuch des Stahlhelm, Rümmlers Tat als eine Art politischen Racheakt zu mimen, eine gewaltsame Konstruktion ist. Zumindest was Steinbach betrifft, kämpfte R. gegen diesen — den er gar nicht gekannt haben will — nicht deswegen, weil sich dieser durch sein Abzeichen als Stahlhelmer kennzeichnete, sondern weil er dessen Schläge abwehren wollte.

Ob der Gebrauch eines Messers als Ueberschreitung der Notwehr anzusehen ist, wird das Gericht entscheiden. Wir erinnern aber daran, daß ein Stahlhelmer in Berlin, der bei der Reichspräsidentenwahl angeblich in der Notwehr einen Reichsbannermann niederschoß, freigesprochen wurde, ebenso ein jüdischer Berliner Bürger, der in der Notwehr einen jungen Stahlhelmer erschoß. Ob Notwehr vorliegt, wird erst nach eidlicher Vernehmung aller Zeugen festzustellen sein. Wir haben uns erlaubt, nach Lage der Dinge anzunehmen, daß Notwehr vorliegt. Die völkische Presse stempelt im Gegensatz die Tat zu einem Mord, d. h. zu einer mit Vorsatz verübten Handlung. Weil wir ihr darin nicht zu folgen vermögen, beschimpft uns die völkische Presse als „Anwalt eines Mörders". Daß dieser Vorwurf gerade von jener Seite kommt, die notorische Mörder als Nationalhelden feiert und sein Wort der Entrüstung dafür übrig hat, daß diese wirklichen Mörder beschützt werden und immer noch — nach Jahren — frei umherlaufen, entbehrt nicht eines gewissen Reizes. Wenn heute der tote Steinbach zur letzten Ruhe geleitet wird, wird man in den Gedenkreden auch uns nicht vergessen. Wir pfeifen darauf, was diese Heuchlerbrut über uns denkt. Niemand appelliert mehr an die Gewalt als sie. Welches Recht haben sie nun, entrüstet zu sein, wenn auf ihrer Seite ein Opfer fällt?

Hygienische Müllabfuhr.

Vor einiger Zeit wurde an dieser Stelle über die sich so notwendig machende Einführung der städtischen Müllabfuhr geschrieben, welche zu einer brennenden Frage für sämtliche größeren Gemeinden geworden ist. Die derzeitige Art der Müllabfuhr und vor allem die lange Lagerung von Müll und sonstigen Wirtschaftsüberresten in den Häusern bilden eine ernste gesundheitliche Gefahr für die Bevölkerung, besonders in den warmen Jahreszeit. Vor einigen Monaten hatte man hier einen Müllwagen vorgeführt, wie ihn die städtische Müllabfuhr von Groß-Berlin schon seit zirka 30 Jahren benutzt. Aber dieser Wagen entspricht den großstädtischen Anforderungen schon längst nicht mehr. Alle Vorzüge, wie vollständiger Staubverschluß, schnelle Abwicklung der Verladung und des Transportes, Aufnahme auch größerer Stücke, welche sich im Müll befinden können, verbürgt aber die Konstruktion eines neuartigen Automobilmüllwagens, der am Freitag voriger Woche auf dem Hofe der Daimler-Motorengesellschaft in der Magdeburger Straße einigen Vertretern des Magistrats und Fachleuten der Fahrzeugtechnik vorgeführt wurde. Die Firma Krupp brachte vor einiger Zeit einen ähnlichen Wagen auf den Markt, der auch schon in einigen Städten im Betrieb sein soll. Die automatische Einführung des Mülls in diesen Wagen soll aber äußerst beschränkt sein, so daß alte Ofenrohre, Konservenbüchsen, alte Matratzenfedern usw. nicht in das Innere des Wagens befördert werden können und besonders transportiert werden müssen. Die Vorzüge einer schnelleren Förderung sowie der Förderung größerer Stücke im Müll hat aber der obenerwähnte Wagen. Die Entleerung erfolgt durch automatische Kippung nach hinten in 1½ Minuten. Der Wagen nimmt eine Menge von 10 bis 15 Kubikmetern auf, was dem 15fachen Inhalt eines jetzigen Müllwagens entspricht. Wie wir erfahren haben, werden diese Fahrzeuge vom Stiegler-Werk in Merbitz bei Naundorf im Saalkreise gebaut, einer Spezialfirma für Kommunalfahrzeugbau.

Hoffentlich hat der Wagen auch die Anerkennung des hallischen Magistrats gefunden und entschließt sich dieser, die Müllabfuhr in städtische Regie zu übernehmen und eine Anzahl solcher modernen Wagen anzuschaffen. Es würde dann ein weiterer Schandfleck aus unserem Straßenbild verschwinden und die Hygiene ein gutes Stück gefördert werden. Wenn dieser Entschluß recht schnell käme und die in der Nähe Halles befindliche Fabrik Rüschicht fände, wäre auch für verschiedene Erwerbslose Arbeitsgelegenheit geschaffen. Man hätte dann also zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen.

Die Erstattungspflicht der Fäkaliengebühren durch die Mieter.

Vom Reichsbund Deutscher Mieter, Ortsverein Halle, wird uns geschrieben:

„In Nr. 169 (Donnerstagnummer) der hiesigen „Allgemeinen Zeitung" findet sich eine Zuschrift aus den Kreisen der Neu-Vereinigung der Haus- und Grundbesitzer Halle über die Erstattungspflicht der Fäkaliengebühren durch die Mieter, die nicht unwidersprochen bleiben darf. In der reichlich unklaren Notiz wird zur Begründung der dort vertretenen Meinung auf den Kammergerichtsentscheid vom 4. Mai 1925 (17 Y 44/25) verwiesen, der bekanntlich besagt, daß den Begriff Friedensmiete erst die Summe von Raummiete und etwa vom Mieter gezahlter Nebenleistungen ausmacht. „Vom Mieter gezahlter Nebenleistungen!" Darauf kommt es hier an. Die Fäkaliengebühr ist ja doch aber als gemeindliche Steuer vom Hauswirt (Vermieter) gezahlt worden. Oder anders ausgedrückt: Das Rechtsverhältnis zwischen Vermieter und Mieter ist maßgebend, nicht das zwischen Vermieter und Steuerbehörde.

Die von der Neu-Vereinigung verfochtene Ansicht wäre vielleicht dann haltbar, wenn der Hauswirt den von ihm an die Steuerbehörde gezahlten Betrag für Fäkaliengebühr nun seinerseits am 1. Juli 1914 auf seine Mieter zur Erstattung verteilt hätte! Das ist doch aber bekanntermaßen nie der Fall gewesen.

Durch Umkehrschluß kommt man vielmehr aus KGE. 17 Y 44/25 zur Ablehnung der Ansicht der Neu-Vereinigung.

Außerdem ergibt sich aus § 2 der WVO. zum RMG. vom 4. August 1923 in Verbindung mit §§ 6, 8 und 8 der VO. vom 17. April 1924 und §§ 3 und 4 RMG., daß die Fäkaliengebühren als Betriebskosten gelten, also durch den in der gesetzlichen Miete enthaltenen Betriebskostenzuschlag abgegolten sind.

Zur Vermeidung unnötiger Beunruhigung weiter Volkskreise wird es sich deshalb wohl empfehlen, die von der Neu-Vereinigung beabsichtigte „Austragung eines Präzedenzfalles" noch einmal gründlich zu überlegen."

Eine Woche Höhenluft.

Dank der Bemühungen der Arbeiter-Wohlfahrt Halle war es möglich, 46 Großstadtkinder für eine Woche dem Dunst ihres Alltags zu entziehen und sie der reinen, frischen Luft der Harzberge zuzuführen. Standquartier war das „Braunschweiger Haus" der Naturfreunde in Harzburg. Erst vor kurzem der Oeffentlichkeit übergeben, ist dieses Haus schon vielen auf Tage und Wochen ein Heim geworden. So auch uns. Sein roter Wimpel am schlanken Mast leuchtete immer und immer wieder die Freude des Wiedersehens, wenn wir von unseren täglichen Wanderungen zurückkehrten. Und gewandert sind wir tüchtig. Auch die Kleinsten fanden ihren Mann, wenngleich sie von der letzten Fahrt, nämlich der zum Brocken, zurückstehen mußten. Die diesjährige eigenartige Witterung brachte es natürlich mit sich, daß es ab und zu auch etwas Nasses dabei gab, aber wir fanden immer eine Zuflucht. Dafür zeigte sich der Harz in seiner ganzen prangenden Schönheit, romantisch in den rauschenden Bächen und brausenden Wasserfällen, vor denen wir bewundernd standen oder bei deren jahrtausende alter Melodie wir vergaßen unser Frühstück verzehrten. Gegessen haben wir nämlich auch, und das nicht schlecht. Es waren ja fünf Frauen mit, die uns bemutterten von früh bis spät. Der große Kochkessel in der geräumigen Heimküche hat sich nicht schlecht gewundert, wie er schuften mußte. Aber willig half auch er, alles schmackhaft zuzubereiten, vom ersten Kakao an bis zu den kindskopfgroßen Hefenklößen. Ihm, dem Haus, den Frauen, der Arbeiter-Wohlfahrt sei unser aller Dank. Haben wir doch für Wochen hinaus leuchtende Augen und braungebrannte Wangen mit heimgebracht, vor allem aber das Wissen davon, daß „die Welt unser sein muß"! —sch.

Das Armenrecht im Zivilprozeß.

Ueber diese Frage herrscht noch in weiten Kreisen große Unklarheit, und es sollen daher einige Aufschlüsse aus diesem Gebiet erfolgen.

Die Zivilprozeßordnung sieht für solche Personen, die nicht imstande sind, ohne Beeinträchtigung des für sie und ihre Familie notwendigen Unterhalts die für einen Prozeß erforderlichen Gerichts- und Anwaltskosten zu bestreiten, die Bewilligung des Armenrechtes vor. Im Falle der Bewilligung wird die betr. Prozeßpartei einstweilen von den Kosten und Gebühren befreit. Sowohl der Kläger als auch der Beklagte kann das Armenrecht beantragen. Es genügt jedoch für die Bewilligung des Armenrechts nicht allein die Gefährdung des Unterhalts, das Gesetz verlangt vielmehr weiterhin, daß die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht mutwillig oder aussichtslos erscheint.

Wer im Armenrecht klagen will, muß ein Zeugnis über seine Vermögensverhältnisse beibringen. Das wird ihm ausgestellt von den Wohlfahrtsämtern in den Städten, von den Gemeindebehörden in den ländlichen Gemeinden. Auf Grund des vorgelegten Zeugnisses entscheidet dann das Gericht, ob es die Klage im Armenrecht zulassen will oder nicht. In Klagen vor den Amtsgerichten entscheiden diese auch darüber, ob der Armenrechtspartei ein Anwalt beigeordnet werden soll oder nicht. Es ist ganz falsch, wenn angenommen wird, der Besitz eines Armutszeugnisses berechtige ohne weiteres dazu, irgendeinen Anwalt in der Sache anzunehmen. Der kann nur vom Gericht beigeordnet werden.

In weiten Kreisen glaubt man, die Bewilligung des Armenrechtes befreie endgültig von den Gerichtskosten und Gebühren. Dies ist nicht der Fall; denn sobald sich die Verhältnisse der zum Armenrecht zugelassenen Partei gebessert haben, und der notwendige Unterhalt für sich und die Familie nicht mehr gefährdet ist, müssen die Kosten und Gebühren nachträglich bezahlt werden. Freilich, wo nichts ist, kann nichts geholt werden! Unterliegt der Antragsteller, so ist er unbeschadet seines Armenrechts, auch wegen der dem Gegner entstandenen Kosten erstattungspflichtig, weil die Bewilligung des Armenrechts auf die Verpflichtung zur Erstattung der dem Gegner erwachsenen Kosten keinen Einfluß hat. Es kann daher nicht dringend genug davor gewarnt werden, aussichtslose Prozesse im Armenrecht zu bestreiten. Gerade die Pflicht, im Falle des Unterliegens dem Gegner auch die entstandenen Kosten zu ersetzen, hat schon manchmal zu sehr bösen Folgen geführt.

Wir raten dringend, in allen Fällen erst den Rat des Arbeitersekretariats einzuholen und nicht erst dann, wenn die Sache bereits verfahren ist!

Heeresrentenzahlung durch die Post. Die Zahlung der Heeresrenten für Monat August findet beim Postamt 11, Thielenstr. 2a, wie folgt statt: am 29. Juli für die R = Rentenempfänger, am 30. Juli für die H = Rentenempfänger, am 31. Juli für die Nachzügler. — Zahlzeit: 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

Ein Indianerritt durch Halle. Black Corn, der Häuptling der Sioux, hat beschlossen, einen feierlichen Umritt durch Halle zu unternehmen, und er wird diesen Plan, nachdem unsere Polizei ihre Genehmigung erteilt hat, am Donnerstagmittag ausführen. Er wird, geführt von Hans Stock-Sarrasani und begleitet von einem berittenen Musikkorps, um 1 Uhr den Roßplatz verlassen, mit allen seinen Kriegern und mit seinen Squaws, mit Cowboys und Cowgirls, mit Mustangs und Creolen und Mexikanern und wird folgenden Weg einschlagen: Magdeburger Straße, Riebeckplatz, Franckestraße, Königstraße bis Leipziger Turm, Neue Promenade, Moritzzwinger, Hallorenstraße, Hallmarkt, Robert-Franz-Straße, Burghdrücke, Paradeplatz, Alte Promenade bis Stadttheater, Friedrichstraße, Weidenplan, Sophienstraße, Karlstraße und Ludwig-Wucherer-Straße bis zum Roßplatz zurück. Natürlich wird dieser bunte Umzug nur bei günstiger Witterung stattfinden, sonst wird er auf einen späteren Tag verlegt. Auf dem Hallmarkte wird eine Rast veranstaltet und ein Konzert gegeben werden.

Ein Halenser Kind in Leipzig schwer verunglückt. Am Sonnabendnachmittag wurde in der Nähe des „Palmgartens" in Leipzig der sechs Jahre alte Sohn des Handelsvertreters Gustav Tellge aus Halle, der in Connewitz zu Besuch weilte, von dem Lastauto einer Leipziger Firma überfahren. Der Junge lief trotz Warnung seitens des Wagenführers in den Wagen hinein, so daß ihm die Räder über Kopf und Hals gingen. Der Verletzte wurde mit dem Sanitätsauto nach dem Hallischen Diakonissenhaus gebracht, wo er mit einem schweren Schädelbruch und anderen Verletzungen in bedenklichem Zustande darniederliegt.

Schwerer Unfall eines Radfahrers. Gestern abend gegen 5.45 Uhr verunglückte am Leipziger Turm ein Radfahrer dadurch, daß er mit dem Fahrrade in einer Straßenbahnschiene hängen blieb und zu Fall kam. Durch den Sturz zog er sich eine erhebliche Verletzung am linken Bein zu und mußte mit einem Krankenwagen der Klinik zugeführt werden.

Wer ist die Tote? Am Montagvormittag 7¼ Uhr wurde eine unbekannte weibliche Leiche im Alter von etwa 30 Jahren hinter dem „Hallaer Schießgraben" aus der Saale geländet. Kleidung: Schwarzes Kleid mit blaugrünem Brustteinsatz und kurzen Aermeln, schwarze Lackschnürschuhe, hellbraune Strümpfe, Prinzeßrock und weißes Beinkleid mit Spitzen besetzt. Es dürfte sich um die weibliche Person handeln, die am 23. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Herrenstraße aus in die Saale sprang. Wer Auskunft über die Tote geben kann, wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Zimmer 49 oder 116, zu melden, wo ein Lichtbild der Toten ausliegt.

Henriette Böhmer, die hervorragende Altistin, die bis zur vorletzten Spielzeit an unserem Stadttheater engagiert war und in der vorigen Woche im „Wittekind" mit ihrem Auftreten einen großen Erfolg errang, wird bei dem heute abend stattfindenden Konzert im „Volkspark" mitwirken. Da auch Herr Musikdirektor Schütze mit seinem „Deutschen Tonverbande" ein außerordentliches Programm bieten wird, verspricht das heutige Konzert einen ganz besonderen Genuß. Da die Witterung kühl geworden ist, wird das Konzert im großen Saal stattfinden, was den Vorzug hat, daß die Stimme der Sängerin noch besser zur Geltung kommt.

Soldat Bittelkind: In der Symphonie-Morgenmusik am Mittwoch gelangen durch das Hallische Symphonie-Orchester zur Aufführung: Beethoven: Ouvertüre „König Stephan"; Handn: Symphonie B-Dur Nr. 12; Lanner: Hofballtänze, Walzer.

Sarrasani und die Jugend. Unsere schönsten Erinnerungen sind Zirkuserinnerungen. Dem kindlichen Gemüte erzählt sich die Wunderwelt der Manege am tiefsten ein, die Abenteuerlichkeit des Flitterreiches gibt ihrem Zauber Schönheit, die Schönheit nach den Gefilden der Sehnsucht Erfüllung. Sarrasani schuf hierfür die neue Grundlage. Nicht Tand und Flitter blendet oder berauscht die Sinne der Kinder: Sarrasani bietet in Wirklichkeit das, was abenteuerlich, romantisch, phantasiereich und interessant ist. Alle Jugend hat brennendes Interesse für die Indianer. Sarrasani zeigt uns die einzige in Europa befindliche Truppe der Sioux-Indianer. Alle Jugend vertieft sich mit Begeisterung in die Bereiche des Weißen Elefanten. Sarrasani bringt ihnen die bunten Völker des fernen Ostens, die Künstler aus dem Lande des Mikado und dem Reiche der Mitte. Die Mysterien des dunklen Erdteiles entrollen sich der Jugend. Sarrasani führt die Gestalten Afrikas vor, Kistabulen und Sudanneger und Aegypter. Und dann die Tiere, denen die heiße Liebe der Kinder stets gilt, bei deren Anblick sie jauchzen. Indische Elefanten, urkomische Polarbären und asiatische Kamele, das plumpe, breiteste Nilpferd und die herrlichen, flinken Pferde: das alles spricht zum Kindergemüt. Wer seinen Kindern eine echte Freude bereiten will, der führe sie zu Sarrasani. Man soll die Vorteile der Nachmittagsvorstellungen wahrnehmen. Nachmittags zahlen Kinder bis 14 Jahre halbe Preise. Jede Nachmittagsvorstellung Sarrasani bringt ein völlig vollwertiges Abendprogramm. Am Mittwoch, Sonnabend, Sonntagnachmittag ruft Sarrasani die Jugend.

Wettin. Der Drang nach kulturellen Genüssen zeigt auch die Bevölkerung immer mehr. Um diesem nach Möglichkeit gerecht zu werden, hat der Freie Wassersport-Verein Wettin am Sonntag einen Radiolautsprecher zum ersten Male in Tätigkeit gesetzt. Damit ist auch der Wettiner Arbeiterschaft Gelegenheit gegeben, sich an den vorzüglichen Radioveranstaltungen ebenso ergötzen zu können, wie die Großgrarier im Rauchsalon. Der Führung der Wettiner Arbeiterschaft muß es dankbar anerkannt werden, daß sie sich Mühe gibt, vorbildliche Einrichtungen zu schaffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260727-12/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Der Bauplan des Mittellandkanals.

Die am 26. Juli abgehaltene Besprechung zwischen dem Reich und dem am Mittellandkanal beteiligten Ländern hat zu dem Ergebnis geführt, daß Reich und Länder über folgenden, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms auszuführenden Bauplan einig sind:

Vollendung des Hauptkanals (Peine bis Burg) einschließlich folgenden Teiles des Südflügels: Kanal von Leipzig bis Crevpau, Saalekanalisierung von Crevpau bis Halle und Zweigkanal Bernburg—Leopoldshall—Staßfurt. Verbunden mit diesen Anlagen ist ein Zweigkanal nach Braunschweig sowie ein Elbabstieg nach Rothensee und Niegripp.

Dieses Bauprogramm soll in Angriff genommen werden, sobald die den Ländern zugesagnenen Beträge über die Vollendung des Mittellandkanals unterschriftlich vollzogen und dem Reich wieder zugesagnen sein werden. An dem Zustandekommen der Verträge in kürzester Frist dürfte nicht mehr zu zweifeln sein.

*

Es ist erfreulich, daß dieses alte Projekt, der „Lausekanal", mit dem sich der einstmalige konservative Postminister v. Podbielski, ein Freund Wilhelms II., bekanntlich „nicht vor den Bauch stoßen" lassen wollte, nun endlich zur Ausführung gelangen soll. Erfreulich um so mehr ist diese endliche Bauausführung, als dadurch vielen tausend Arbeitern Lohn und Brot verschafft wird. Hoffentlich stört ein strenger Winter die Arbeiten nicht.

Lulatsch.

Nach einer wahren Begebenheit erzählt von **M. Feld.**

Wir saßen am Kaffeetisch und warteten auf den Gast, dem zu Ehren man uns eingeladen hatte. Die Hausfrau war etwas nervös und verstimmt; sie spähte ab und zu durchs Fenster, ob der Erwartete die Straße noch nicht entlang käme. Doch er kam noch immer nicht, mit dem die Tochter des Hauses heute unaufgefällig zusammengeführt werden sollte, damit die beiden sich kennenlernen und später einmal heiraten sollten. Die Gesellschaft, die in der Hauptsache aus jungen Mädchen, Freundinnen der Hauslachter, bestand, ließ sich das Ausbleiben des Gastes nicht allzu ansechten. Sie scherzte und lachte und trieb Spott mit Dingen und Personen, von denen sie unter Aufsicht nur mit Respekt zu sprechen gewohnt war.

Plötzlich sprang eine der jungen Damen zum Fenster und rief aus der lustigen Stimmung heraus, in der sie sich augenblicklich alle befanden: „Seht doch, da kommt Lulatsch!" Auch ich erhob mich neugierig und ließ meinen Blick dem der anderen folgen. Wer war das, Lulatsch, der da die Straße heraufkam? Ein unbedeutender junger Mensch, mit einem etwas stupiden Ausdruck im Gesicht, den eine große, schwarzgerandete Brille etwas neutralisierte. Die Art zu schreiten schien er einer Elefantengroßmutter abgelauscht zu haben. Man hatte den Eindruck von etwas Unbeholfenem und Ungeschicktem, das da über die Straße schlurkte. Eines der jungen Mädchen sagte laut lachend: „Den hat man, wie es scheint, zu früh entlassen." Ein allgemeines Gelächter der ganzen Gesellschaft folgte auf diese lose Bemerkung.

Auch ich konnte mich eines stillen Lächelns nicht erwehren; der Anblick dieses Menschenkindes war zu ulkig. Durch das Gelächter herbeigerufen, war aber auch die Hausfrau an das Fenster getreten, und indem sie ebenfalls auf die Straße sah, sagte sie mit einem Seufzer der Erleichterung: „Da kommt er ja endlich, der Herr Doktor." Sofort erstarrte auf sämtlichen Gesichtern das Lachen, und betreten traten alle vom Fenster zurück. Mahnend sagte die Hausfrau weiter: „Nun werdet ihr aber etwas ernster sein als bisher, denn der Herr Doktor ist ein gesetzter Mann. Das erfordert nämlich seine Stellung als Redakteur einer Zeitung für national gesinnte Kreise."

Gleichzeitig erwartete ich nun die Dinge, die sich begeben würden und bedauerte im stillen die Tochter des Hauses, die einem Manne zugeführt werden sollte, den das Odeur der Lächerlichkeit umhüllte. Doch verlief alles von dem Augenblicke, da man einander vorgestellt wurde, bis zur Kommunionslosen Unterhaltung ohne jeden Zwischenfall, obgleich des öfteren ein Lächeln, spitzbübisch und versteckt, bei manchen Aeußerungen des Herrn Doktors über das Gesicht einzelner junger Damen huschte. Ich, der die meiste Zeit beobachtend dagesessen hatte, wurde aber bald von dem Herrn Doktor in ein Gespräch verwickelt, als ihm die Hausfrau erklärt hatte, daß auch ich ein Mann der Feder sei, ein ganz angenehmer Gesellschafter, im Grunde aber doch ein unangenehmer Zeitgenosse, weil ich es mit der Sozialdemokratie hielte. Das letztere aber schien er, absichtlich oder unabsichtlich, überhört zu haben, denn er vertraute mir, daß er von seiner Stellung als Redakteur wenig erbaut sei, vielmehr sich für einen Dichter und Essayisten halte und an einem Gedichtband arbeite, der „Die Wonne der Liebe" betitelt werden sollte. Und mit diesem hoffe er einstmals seinen Einzug in den Olymp der Auserwählten unseres Volkes zu halten. Als nächstes Werk dann, mit dem er sich schon in Gedanken schwanger trage, sollen seine Memoiren folgen, die er „Pfeiferiana" heißen wolle. Es seien dies Veröffentlichungen, die er bereits zum Teil in der Zeitung, an der er angestellt sei, veröffentlicht habe und in denen er versuchte, die Bewohner des Städtchens in ihrer Eigenart zu zeichnen. Nur gefalle ihm sein bisheriger Erfolg nicht, unter dem er sie bisher habe drucken lassen. Ich tröstete ihn jedoch und schlug ihm vor, den Namen Lulatsch zu nehmen, der doch gewiß klangvoll sei und zugleich bezeichnend. Man verstehe hierzulande unter dieser Bezeichnung, sagte ich ihm, einen Menschen, der den anderen Ergötzen schaffe. Der Blick, mit dem er mir bei diesen Worten ins Gesicht sah, war ein so treuherziger, daß ich mir sagte, mit dem kannst du alles wagen, dem hatte die völkische Politik das bißchen Besitz, was der Mensch besitzt, nämlich die Kritik, genommen. Etwas zaghaft gestand er mir hierauf, daß er sich als Lyriker mit dem Wohllaut der Worte beschäftigt habe und er das Wort in seiner Zusammensetzung ausgesprochen fände. Hierauf wandte sich unser Gespräch mehr dem Allgemeinen zu.

Als dann die Stunde kam und man aufzubrechen begann, hielt mich die Hausfrau noch auf einige Worte zurück. Als wir dann allein waren, begann sie über „unseren Herrn Doktor", wie sie ihn bereits nannte, zu sprechen. Sie fragte mich, ob ich nicht gleich ihr der Meinung sei, daß er doch eine ganz respektable Partie für ihre Tochter und im übrigen ein ganz angenehmer Mensch sei. Ich hörte ihr geduldig und schweigend zu, und sie schien auch damit zufrieden zu sein. Als ich mich verabschiedete und im Hausflur stehen blieb, um mir eine Zigarre anzuzünden, kam auf einmal die Tochter der Hausfrau hinter mir her und hielt mich an: „Auf einen Augenblick nur, Herr Feld, bitte, bitte. Ich weiß, Sie sind ein verständiger Mensch, der mich verstehen wird. Ich habe alles gehört, was meine Mutter mit Ihnen gesprochen hat. Bitte, bitte, helfen Sie mir, daß ich diesen Menschen nicht zu heiraten brauche, er ist eine zu lächerliche Erscheinung."

Die Hilflosigkeit des jungen Geschöpfes rührte mich und augenblicklich kam mir ein reitender Gedanke. Ich sagte zu ihr etwas spöttisch: „Er, der Herr Doktor Lulatsch, wird jedenfalls von Ihnen Ihr Porzellanchen verlangen, wo er sich, wie ich diese Sorte Menschen kenne, mit einigen selbstverständlichen Worten wird angenehm machen und verewigen wollen. Legen Sie ein Blatt Papier hinein, auf das Sie schreiben . . Und ich riß ein Blatt aus meinem Taschenbuch und schrieb darauf:

Wer Lulatsch kennt,
sich nach ihm drängt,
der ist beschränkt.

Die Verse, so schlecht sie sind, werden ihre Wirkung nicht verfehlen. Derlei Leute muß man schon mit Baumstammähnlichem bearbeiten, wenn sie etwas merken sollen."

Die Geschichte endete damit, daß sich die Angelegenheit zu einem Stadtklatsch auswuchs. Ich bekam meinen Teil, indem mich der Herr Doktor zu einer solchen lächerlichen Figur zu machen versuchte, wie er selbst schon bereits eine war. Er nannte mich nur noch seinen „Freund Artus". Doch selber lastete der Fluch der Lächerlichkeit auf seiner Person allein. Er kündigte daher seine Stellung, nicht ohne zuvor sich eine andere gesucht zu haben, und zog in ein anderes Land, wo man von ihm nichts wußte, wie einstmals in Aegypten den Josef. Aber sein Korn ist noch nicht verrauscht, er weiterleuchtet noch aus der Ferne. Ab und zu kann man in seinen Spazergängen, die er im Verborgenen schreibt und einer bildungshungrigen Leserschaft mitteilt, in der Zeitung, zu deren hervorragendsten Mitarbeitern er einst gehörte und noch gehört, lesen, daß er seinen „Freund Artus" nicht vergessen kann.

Kölbra. Besserung der Arbeitslage in der Knopfindustrie. Wie es den Anschein hat, bessert sich der Geschäftsgang in der hiesigen Knopfindustrie. So haben verschiedene Firmen wieder Arbeitseinstellungen in geringem Umfange vorgenommen, jedoch ist die Zahl der arbeitslosen Knopfmacher hier noch sehr groß.

Wittenberg. Aus dem Stadtparlament. Die letzte Stadtverordnetensitzung lehnte die Bewilligung von 200 Mk. zur Zeppelin-Eckener-Spende ab. Am 250. Todestage Paul Gerhardts soll am Hause Collegienstraße 7 eine Gedenktafel angebracht werden; es wurden hierfür 300 Mark bewilligt. Ungefähr 100 Erwerbslose sollen für 40 Tage beim Bau der Ferngasleitung, die das hiesige Licht- und Kraftwerk ausführen will, Beschäftigung finden.

Torgau. Aus dem Gewerkschaftskartell. Die letzte Kartellsitzung befaßte sich zunächst mit weniger wichtigen Eingängen und nahm hiernach den Bericht des Kollegen Schneider über eine Bauarbeiterschutzkonferenz entgegen. Wenngleich auch nur das zwei Verhandlungsergebnis vorgetragen wurde, ohne die erforderlichen Maßnahmen weitläufiger Art zu skizzieren, so konnte man denn doch nicht umhin, einige Brocken auf die „SPD-Bonzen" usw. zu werfen. In der Diskussion sprach der Kollege Holzweißig, der dafür eintrat, daß auch in unserem Bezirk ein Bauarbeiterkontrolleur angestellt werden müßte. Wenn das zweifellos für einen Kreis nicht tragbar sei, so müßte dies doch für die Kreise Schweinitz, Liebenwerda und Torgau der Fall sein. In dieser Hinsicht soll im Kreisausschuß am Dienstag ein Vorstoß unternommen werden. Bei der Vorstandswahl fühlte sich die Opposition beleidigt, da die meisten Kollegen der Mamerdamer Richtung ablehnten. Ein Vorschlag von neun Delegierten für vier Kollegen der Opposition lag vor, und die übrigen sollte die Amsterdamer Richtung stellen. Einige Gewerkschaften waren nicht vertreten, die übrigen anwesenden Kollegen der Amsterdamer Richtung lehnten die Annahme irgendwelcher Aemter ab, so daß es der Opposition überlassen blieb, die „rote Einheitsfront" allein zu bilden. Dem Vorstand gehören an die Kollegen Böge, Holzweißig, A. Schneider, Frau Voigt. Neu hinzugewählt wurden die Kollegen Groß, Kröber und Mössler. Das Programm zum Gewerkschaftsfest lag schon ausgearbeitet vor, das Fest verfiel jedoch der Ablehnung. Alsdann beantragte der Kollege Holzweißig, für die in Elsterwerda von der Firma Weiße & Monski wegen Lohndifferenzen ausgesperrten und Unterstützung nicht mehr erhaltenden Metallarbeiter eine Unterstützung zu bewilligen. Das konnte das Kartell nicht, denn soviel Geld ist nicht vorhanden. Es wurde darauf beschlossen, Sammellisten herauszugeben und die Beiträge nach Elsterwerda weiterzuführen. Die Steinarbeiter im Bildschutz und die Metallarbeiter in Torgau zeichneten darauf sofort je 20 Mark. Einige Differenzen wegen der Unterstützung und Zulässigkeit der Herausgabe von Sammellisten ließen sich nachher jedoch wieder glätten. Zum Schluß wurde noch an die Abrechnung der einzelnen Gewerkschaften erinnert.

Bockwitz. Bergarbeiterversammlung. Am Sonntag fand im „Volkshaus" eine Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes statt. Der Geschäftsführer Dietz aus Klettwitz gab einen Bericht über das neue Reichsknappschaftsgesetz und hob hervor, daß das neue Gesetz trotz wesentlicher Beitragserhöhung für die Versicherten ein Fortschritt im Sinne der Selbstverwaltung sei. Neben Erhöhung der Pensionen ist den Mitgliedern auch die lang umstrittene Familienbeihilfe wieder gewährt worden. Die Bergarbeiter haben nicht mehr nötig, von den Almosen der Werksvereine ihre Familienangehörigen behandeln zu lassen. Pflicht der Mitglieder ist es, die Unwissenden in den Betrieben aufzuklären. Ein Bericht von der Generalversammlung wurde nicht gegeben, da allgemein von den Mitgliedern das Reichsknappschaftsgesetz zu behandeln als notwendiger gehalten wurde.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 27. Juli 1926.

Die Augustmiete in der Stadt Merseburg beträgt mit dem umlagefähigen Teil der Grundvermögensteuer 103½ bzw. 107½ Prozent.

Der Stand der Erwerbslosenziffern ist in der letzten Woche etwas günstiger gewesen als in der Vorwoche. Die Zahl der Erwerbslosen hatte sich von 365 am 17. Juli auf 881 am 24. Juli gesteigert. In Abgang kamen 16 Männer und 18 Frauen.

Ein heftiger Sturm brauste am Sonntag gegen mittag über unserer Stadt und brach Aeste und Zweige der Bäume ab. Außerhalb der Stadt knickte er zahlreiche Bäume um und richtete an den Obstbäumen großen Schaden an. Auf den Feldern riß der Wirbelwind Klee- und Heureiter um. Erheblichen Materialschaden hatte der Sturm auf dem Gelände des Gartenbauvereins „Zur Erholung" zur Folge. Der Verein hatte für den Nachmittag ein Sommerfest angesetzt und alles war schön vorbereitet. Eine Brauerei hatte ein großes Zelt mit ungefähr 800 Sitzgelegenheiten zur Verfügung gestellt. ½1 Uhr mittags aber zerriß der Sturm mehrere Verankerungsseile der Zeltbahnen und das Zelt begann sich zu heben. Die Versuche, das Zelt zu halten, waren fruchtlos, da der Sturm die Stricke immer wieder zerriß. Nach kurzer Zeit stürzte das große Zeltgerüst vollständig zu Boden. Das Zeltdach wurde zerfetzt und die im Zelte aufgestellten Verlosungsgegenstände und Gläser gingen in Trümmer. Der Schaden ist sehr groß. Man kann nur von Glück reden, daß sich der Einsturz nicht zwei Stunden später ereignete, wo die Festgäste drinnen geweilt hätten.

Einbruch in die Baracke des Turnvereins „Jahn". In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist wiederum in der Holzbaracke auf dem Sportplatz „Jahn" am hinteren Gotthardteich ein Einbruch verübt. Diesmal ist nicht nur Handwerkszeug, sondern auch ein Barrenholm von dem gemeinen Gesindel gestohlen worden. Die Turn- und Sportgeräte sind durcheinandergeworfen worden. Die Tür war aufgebrochen und ausgehängt und lag quer in der Baracke. Der Barren war zur Hälfte aus der Baracke herausgezogen, ein Zinkeimer lag auf der Böschung nach der Straße, eine 80-Pfund-Hantel lag auf dem Wege am Gotthardsteich. Der Barrenholm ist wahrscheinlich in das hohle Schilf geworfen worden, wo schon vor Jahren das Handwerkszeug versenkt worden war. Die Heldentat ist zwischen 12 und 1 Uhr nachts von mehreren jungen Lümmeln verübt worden, welche nach der rühmlichen Tat im Dunkel der Nacht verschwanden. Diejenigen, welche irgend etwas von der Heldentat gehört oder wahrgenommen haben, werden ersucht, dies sofort dem Vorsitzenden des Vereins, Paul Mittag, Seffnerstr. 8, mitzuteilen, damit die Frevler ihrer Bestrafung zugeführt werden können.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 27. Juli 1926.

Wolferode. Opfer des eigenen Leichtsinns wurde ein junges Mädchen aus Helfta. Das Mädchen fuhr mit einem Rade, an dem die Bremsvorrichtung nicht in Ordnung war, den steilen Mühlberg hinunter, ohne überhaupt Radfahren zu können. Dabei stürzte es in voller Fahrt gegen das Spritzenhaus und wurde so schwer verletzt, daß es bereits auf dem Transport nach dem Krankenhaus an seinen Verletzungen starb.

Hettstedt. Betriebsunfall. Brüche an der Hand und am Fuß, die eine sofortige Ueberführung in das Hettstedter Knappschaftskrankenhaus herbeiführten, erlitt im Kirkelschacht durch niedergehendes Gestein der 23jährige Arbeiter Bulinski aus Klostermansfeld.

Deutscher Krankenkassentag.

Düsseldorf, 26. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Auf dem 30. Deutschen Krankenkassentage des Hauptverbandes, der am Sonntag in Düsseldorf eröffnet wurde, waren 521 Arbeitgebervertreter, 836 Vertreter der Versicherten, 641 Angestellte des Hauptverbandes und der Krankenkassen und 107 Ehrengäste, im ganzen 2555 Teilnehmer, vertreten. In seiner Eröffnungsansprache erinnerte der 1. Vorsitzende des Hauptverbandes, Stadtrat Ahrens (Berlin), daran, daß der Verband eine außerordentlich günstige Entwicklung hinter sich habe. Bei der 13. Jahresversammlung, die ebenfalls in Düsseldorf stattfand, waren nur 155 Kassen mit 820 Teilnehmern anwesend. In Zukunft wird die zahlenmäßige Entwicklung wohl nicht mehr so stürmisch weitergehen. Aber diese Aufgaben drängten sich vor, die der Lösung harrten. Die Reichsgesundheitswoche sei auf Anregung des Hauptverbandes veranstaltet worden. Ein schweres Problem für die Kassen sei die Zunahme der Durchschnittskrankheitsdauer, die eine Folge des Krieges und der Arbeitslosigkeit sei, wodurch eine Steigerung der Ausgaben der Kassen erfolgt. Leider habe der Gesetzgeber bisher den Krankenkassen nicht das gegeben, was sie fordern müßten. Eine Herabsetzung der Kassenbeiträge sei unmöglich. Unmöglich sei aber auch ein Abbau der Sozialversicherung, wie er in einer Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie gefordert werde.

Der geschäftsführende Vorsitzende Lehmann, der nach den Begrüßungsansprachen, an denen sich Dr. Moses für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beteiligte, alsdann das Wort zum Geschäftsbericht erhielt, wies besonders darauf hin, daß von 11,8 Millionen Versicherten 10,25 Millionen im Hauptverband zusammengeschlossen sind. Auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge habe der Hauptvorstand Hervorragendes geleistet. Der Berichterstatter betonte, daß der Kampf mit den Aerzten, die unter sich einen Konkurrenzkampf auf Leben und Tod führten, weitergehe. 1885 gab es in Deutschland 50 000 Aerzte. Heute sind es 145 000, von denen nur ein kleiner Bruchteil außerhalb der Kassen tätig sei. Der Beschluß des Preußischen Landtags, den 20prozentigen Rabattabschlag von der Aerztegebührenordnung aufzuheben, bringe den Kassen eine 30prozentige Erhöhung ihrer Ausgaben oder im Jahr etwa 55 Millionen Mehrausgabe. Die Ausgestaltung der Wochenhilfe bedeute eine Belastung, die aber von den Kassen im Interesse der Volksgesundheit hingenommen werden muß. — Der Bericht wurde ohne Aussprache entgegengenommen und dem Vorstand Entlastung erteilt.

Ueber das Thema „Gesundheitsfürsorge durch Arbeitsgemeinschaft der Sozialversicherungsträger" sprach Oberregierungsrat Unger (Berlin). Er unterstrich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der verschiedenen Träger der Sozialversicherung. Die aus dieser Erkenntnis heraus bei vielen Versicherungsanstalten entstandenen Arbeitsgemeinschaften zwischen den Organisationen der Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherungen haben praktische Erfolge gehabt. Auch die zwischen den einzelnen Sozialversicherungsträgern getätigten Abkommen ermöglichten ein reibungsloses Abkommen, was im Interesse der Versicherten nur zu begrüßen sei.

Professor Klein (Jena) sprach über „Das Naturheilverfahren im Dienste der Krankenversicherung". Wenn auch die Behandlung der Versicherten nur durch das Naturheilverfahren nicht zu erreichen sei, so müsse doch gefordert werden, daß auch den Naturärzten die Zulassung zur Kassenpraxis ermöglicht werde. Bis heute hätten es die Organisationen der Aerzte fertiggebracht, die Naturärzte von der Behandlung der Krankenkassenmitglieder fernzuhalten und ihnen dadurch die Möglichkeit genommen, die Vorteile der Naturheilweise in der Krankenversicherung unter Beweis zu stellen.

Ueber „Das Frühheilverfahren in der Unfallversicherung" sprach Verwaltungsdirektor Koehn (Berlin). Durch das Gesetz über Aenderungen in der Unfallversicherung vom 14. Juni 1925 ist dem Frühheilverfahren eine größere Bedeutung als früher eingeräumt. Die Zuständigkeit der Berufsgenossenschaften und der Krankenkassen greifen hier meistens ab und durch gegenseitige Abkommen abgegrenzt und festgelegt. Es liege im Interesse der Versicherten, wenn sie bei Unfall möglichst früh in die Behandlung besonders geschulter Fachärzte, wie sie den Berufsgenossenschaften zur Verfügung stehen, überwiesen würden.

Am Montag wies Ministerialdirektor Grieser vom Reichsarbeitsministerium in seinem Referat über „Die internationale Sozialversicherung" auf die große Bedeutung des Internationalen Arbeitsamtes hin. Der Sozialversicherung lege man hier die größte Bedeutung bei. Bei der 7. Internationalen Arbeitskonferenz lag der Schwerpunkt der Verhandlungen auf der internationalen Sozialversicherung. Der Redner ging dann im einzelnen auf die Gebiete der Sozialversicherung ein und konnte dabei darauf hinweisen, daß Deutschland in diesen Dingen noch immer an der Spitze marschiere. Auf der letzten Arbeitskonferenz habe man sich entschieden, bei der Beurteilung von Berufskrankheiten den Kreis der Betriebe weiterzuziehen. Ueber die Grundprobleme der internationalen Sozialversicherung seien sich alle Mitglieder einig gewesen. Die soziale Lage habe sich in der ganzen Welt verschärft. Wenn die Weltwirtschaft wieder in geordneten Bahnen laufen solle, dann müsse erst die soziale Lage der Arbeiterschaft gebessert werden, und wenn im nächsten Jahre auf der Arbeitskonferenz über die Arbeiterversicherung verhandelt werde, dann müßte die Arbeiterschaft der ganzen Welt vertreten sein.

Als Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes machte Dr. Schneider zu diesem mit großem Beifall aufgenommenen Referat noch Ergänzungen. Die deutsche Sozialversicherung stehe unbestritten als die beste der Welt da. Dr. Schneider wies darauf hin, daß die Tagung der Krankenkassen dem Arbeitsmann, dem schaffenden Menschen gelte. Da, wo eine gute Sozialversicherung bestehe, sei auch die Kaufkraft der Massen groß, darum sei das Interesse Deutschlands an einer internationalen Sozialversicherung sehr stark. Alle Hoffnung auf das Zustandekommen einer internationalen Sozialversicherung sei berechtigt. 46 Mitgliedstaaten beim Internationalen Arbeitsamt in Genf hätten sich zum Grundsatz der internationalen Sozialversicherung bekannt. Das Kernstück dieser Versicherung werde eine allgemeine Krankenversicherung sein, die international zu regeln sei. Das Internationale Arbeitsamt werde alle seine Kräfte dafür einsetzen.

Dann sprach Prof. Dr. Schloßmann (Düsseldorf) über „Kinderfürsorge unter Mithilfe der Krankenkassen". Eine solche Fürsorge müsse gesetzlich geregelt sein. Mit der Kinderfürsorge eng verbunden seien Wöchnerinnen- und Familienfürsorge. Auch die Kinder der Mitglieder hätten Anspruch auf Krankenhausbehandlung. Dafür zu sorgen sei Sache der Gemeinden. Der Redner nahm dann Stellung gegen die Stadt Düsseldorf, die für Krankenhausaufenthalt nicht nur von einem Erwachsenen, sondern auch von einem Kinde 5 Mk. pro Tag verlange. Das sei ein skandalöser Zustand, der nicht länger geduldet werden dürfte. Die Krankenkassen hätten die Pflicht, dagegen anzukämpfen. Der Redner wies dann noch darauf hin, daß das Wohnungselend keine Folge der Vorkriegszeit sei, sondern auf die öffentliche Indifferenz in der Vorkriegszeit zurückzuführen sei. Wer das Gegenteil behaupte, täusche die Oeffentlichkeit. Ueber „Die Organisation der Kinderfürsorge sprach Verwaltungsdirektor Stroebig (Hamburg), der verlangte, daß man sich frühzeitig genug für die Jugendlichen einsetzen müßte. Vorbeugende Tätigkeit sei das wichtigste. Dagegen wendet sich aber der Arbeitgeber. Es scheine der Geist der Vorkriegszeit wieder zu spuken. Man müsse sofort zugreifen mit der Kinderfürsorge, bevor es zu spät ist. Von 220 000 Kindern befinden sich 9000 in ärztlicher Behandlung. Vor allen Dingen müssen mit staatlichen und kommunalen Behörden Arbeitsgemeinschaften gebildet werden, die die Pflicht hätten, die Kinderfürsorge zur Durchführung zu bringen.

In der Diskussion sprachen Dr. Gerlich als Vertreter der Reichszentrale für Kinderfürsorge und Geschäftsführer Lehmann, der darauf hinwies, daß bei den meisten Kassen die Familienversicherung eingeführt sei. Dann sprach noch Prof. Dr. Wichmann (Hamburg) über „Die elektrophysikali-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260727-12/fragment/page=0006

sche Heilmethode in der Krankenversicherung" und Dr. Fabben (Berlin) über „Bäderfürsorge für Massenmitglieder". Beide Referate, die sich mit Spezialfragen befaßten, fanden großen Beifall. Das wesentlichste bei diesen beiden Vorträgen war die Feststellung, daß das Krankenkassenmitglied nicht als Patient zweiter Klasse behandelt werden dürfe.

Damit war die Reihe der Vorträge erschöpft. Es wurden dann noch einige Satzungsänderungen vorgenommen und einige eingegangene Anträge erledigt.

Gewerkschaftliches.

Direktoren.

Es wimmelt von Direktoren in Deutschland. In jedem größeren Betrieb sind sie zu finden. Rousseau hat einmal geschrieben, je mehr Ehebrüche, desto weniger Kinder. Heute kann man sagen, je mehr Direktoren, desto weniger Aufträge für die Industrie. Die Herren haben im wesentlichen die Löhne der Arbeiter gedrückt und mit Hilfe eines organisatorischen Apparates die Warenpreise hochgehalten. Und jetzt sitzt die Karre fest. Die Arbeiter werden entlassen. Die Herren Direktoren bleiben natürlich, denn sie sind bekanntlich unentbehrlich. Wenn das so weitergeht, haben wir in den Betrieben bald mehr Direktoren als Arbeiter. Und die Herren streichen hohe Gehälter ein. Dem Arbeiter rechnen sie vor, daß sie mit den Hungerlöhnen ein angenehmes Dasein führen könnten. Sie selbst lassen sich Summen auszahlen, deren Höhe geradezu fabelhaft ist, und die mit den Leistungen zahlreicher Direktoren in keinem Zusammenhang stehen. Gibt es doch in Deutschland Direktoren, die Bezüge erhalten, die an die Einkommen abgedankter Fürsten heranreichen. Ein Monatsgehalt von 1000 Mark ist für viele Direktoren eine so geringe Bagatelle, daß sie für diesen Quart ihre Dienste nicht zur Verfügung stellen. Die Prokuristen der Reichsgetreidestelle beziehen 1500 Mark Monatsgehalt. Im Zentralbureau der Ebert-Spende — für die auch die Arbeiter von ihrem kargen Lohn Beiträge aufbringen sollten — werden Monatsgehälter bis über 1200 Mark gezahlt. Das sind nur zwei Beispiele aus staatlichen, aus gemeinnützigen Instituten. In großkapitalistischen Betrieben werden ganz andere Gehälter bezahlt. Natürlich nur an Herren, die an der Spitze stehen, und die vielfach an diese Stelle gelangt sind nicht auf Grund ihrer Leistungen, sondern auf Grund ihrer ausgezeichneten Beziehungen. Wer den Papst zum Vetter hat, wird Kardinal. Und so gehts auch in den Großbetrieben. Der Schwiegersohn eines Kapitalmagnaten wird Direktor, auch wenn er nicht die erforderlichen Fähigkeiten besitzt. Er kommt aber an die Futterkrippe. Dies korrupte System hat mit dazu beigetragen, die deutsche Wirtschaft auf den Hund zu bringen. Die Herren Direktoren rührt das nicht. Es sind ja die Arbeiter, die für ihre Sünden büßen müssen.

Selbstverständlich gibt es in Deutschland auch fähige Direktoren. Doch die Spreu unter dem Weizen hat in den letzten Jahren bedenklich zugenommen. So sind zum Beispiel zahlreiche Offiziere der alten Armee in einflußreiche Positionen gelangt, die ihnen private und auch öffentliche Betriebe verschafft haben. Die erforderlichen Fähigkeiten aber brachten diese Herren mit ihren Etappenkenntnissen nicht immer mit.

Natürlich kann ein Direktor, der den Betrieb technisch und kaufmännisch gut leitet, der für Absatz sorgt, auch ein anständiges Einkommen beziehen. Das soll ihm nicht verweigert werden, wenn auch die Phantastiegehälter, die heute zum Teil gezahlt werden, abgelehnt werden müssen. Doch die Zustände, wie sie heute in Deutschland sind, müssen als unhaltbar bezeichnet werden, und in den Zeiten der Massenentlassungen, der Betriebsruhen, die Arbeiterlöhne herabzusetzen, muß auch auf diese Angelegenheit gebührend hingewiesen werden.

Bergarbeiterkonferenz für das Bitterfelder Revier.

Am vergangenen Sonntag tagte in Bitterfeld eine gutbesuchte Konferenz der Vertrauensleute des Deutschen Bergarbeiterverbandes und der Betriebsräte des Bitterfelder Reviers. Kamerad Hefle hielt ein lehrreiches Referat über die Aufgaben der Betriebsräte im Braunkohlenbergbau. Einleitend gab er einen Ueberblick über die Entwicklung der Betriebsrätebewegung und zeigte dann die Schwierigkeiten, die den Betriebsräten bei ihrer Tätigkeit in der Zeit der Krise entgegenstehen. Gerade in dieser Zeit der schweren Wirtschaftskrise brauchen die Betriebsräte mehr denn je einen Rückenhalt in der Gestalt einer fest zusammengeschlossenen Organisation der einzelnen Belegschaften. Starke und sich durchsetzende Betriebsräte sind die Wegbereiter eines besseren Arbeitsrechtes. Trotz der Krise innerhalb der Wirtschaft haben wir die Hoffnung und den Willen, daß die Gewerkschaftsbewegung auch in Zukunft einen maßgebenden Einfluß auf die Entwicklung unserer Volkswirtschaft zum Wohle der Allgemeinheit ausüben wird.

Kamerad Wolfram gab dann einen ausführlichen Bericht über die Generalversammlung in Saarbrücken, der ohne Debatte von den Funktionären entgegengenommen wurde. Unter Verschiedenem beschäftigte sich die Konferenz eingehend mit den Aenderungen der Knappschaftsversicherung. Irrtümer aus Kameradenkreisen wurden richtiggestellt, eine Reihe von Fragen über Einzelheiten des Gesetzes wurden beantwortet, und zum Schluß wünschten die Kameraden, daß bald vom Vorstand eine Broschüre über das neue Gesetz herausgegeben werden sollte. Von verschiedenen Rednern wurde Beschwerde wegen schlechter Belieferung von Arznei durch die Knappschaft geführt. Die Beschwerden werden weitergeleitet werden, um diesem Uebel abzuhelfen.

In seinem Schlußwort forderte Kamerad Wolfram die Funktionäre auf, im Sinne der gehörten Ausführungen tätig zu sein, auch in den Sommermonaten in der Werbearbeit für den Bergarbeiterverband fortzufahren, um für die nächsten Monate gerüstet zu sein, die Forderungen der Bergarbeiter gegenüber dem Arbeitgebertum auch verwirklichen zu können.

Zum englischen Bergarbeiterstreik.

London, 26. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Exekutive des Bergarbeiterverbandes hat am Montag den Beschluß gefaßt, die seit längerer Zeit immer wieder hinausgeschobene Delegiertenkonferenz für Freitag einzuberufen. Obgleich der Sekretär der Bergarbeiter, Cook, erklärte, daß die Konferenz lediglich der Berichterstattung über die Streiklage gelte, werden doch bedeutende Beschlüsse für die künftige Haltung der Bergarbeiter erwartet.

Der Vorstand der Unabhängigen Arbeiterpartei hat am Montag einen Protest gegen die Absicht der Regierung beschlossen, das Parlament im August in Ferien zu schicken. Eine Unterbrechung der Tagung des Parlaments könne nicht in Frage kommen, solange der Kampf im Bergbau weitergehe; berechtigt wäre höchstens der Beschluß der Regierung, unter der Kohlenkrise als Wahlparole Neuwahlen des Parlaments durchzuführen.

London, 26. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Im Bezirk Warwickshire war unter dem Druck der Not und allerhand Repressalien etwa ein Sechstel der Bergarbeiter zur Arbeit zurückgekehrt. Die Exekutive des Bergarbeiterverbandes hatte deshalb in der vergangenen Woche eine Reihe von Versammlungen an Ort und Stelle abgehalten und den Arbeitern die Gefahr ihres Verhaltens für die gesamten Bergarbeiter dargelegt. Die Lage war um so schwieriger, weil die Unternehmer eine Anzahl nichtorganisierter Arbeiter eingestellt hatten. Trotzdem blieb der Erfolg der Aufklärungstätigkeit des Bergarbeiterverbandes nicht aus. Die Bergarbeiter von fünf Zechen faßten den Beschluß, die Arbeit neuerdings wieder niederzulegen.

Einigung der bulgarischen Gewerkschaften.

Sofia, 26. Juli. (Eig. Bericht.)

In einer dichtgedrängten imposanten Arbeiterversammlung in Sofia wurde dieser Tage der Zusammenschluß der bisher getrennt marschierenden und getrennt kämpfenden Gewerkschaftsgruppen „Freie Gewerkschaft" (Amsterdam) und „Unabhängige Gewerkschaft" (früher Moskau) in die „Geeinigte Gewerkschaft" Bulgariens (Amsterdam) proklamiert. Eine entsprechende Entschließung wurde von den Versammlungsteilnehmern mit ungeheurem Beifall angenommen. Die Verständigungsverhandlungen, die seit einigen Monaten stattfanden, kamen schneller als erwartet zum guten Abschluß gebracht werden, da beide Seiten davon überzeugt waren, daß nur ein gemeinsamer Kampf die bulgarische Arbeiterbewegung ihren Zielen nahebringen kann. Die „Geeinigte Gewerkschaft" wird ein neues Gewerkschaftshaus errichten und eine eigene Zeitung herausgeben.

Akkordverhandlungen für Getreidemähen.

Für den Saalebezirk, umfassend die Kreise: Saalkreis, Bitterfeld, Delitzsch, Mansfelder See- und Gebirgskreis, Querfurt, Merseburg und Sangerhausen, fanden am 22. Juli in der Sitzung der Bezirksarbeitsgemeinschaft Verhandlungen zwecks Festsetzung von Akkordsätzen für die Getreideernte 1926 statt. Die Vertreter des DVB. forderten eine 50prozentige Erhöhung der Akkordsätze von 1925. Die Verhandlungen zogen sich bis in die Abendstunden hin und endeten mit dem Ergebnis, daß die Akkordsätze in der Spitze um 25 Pfennig erhöht wurden, die übrigen Positionen im entsprechenden Verhältnis. Gleichzeitig wurde vereinbart, daß die Erntequlage in einer Pauschalsumme ausgezahlt wird. Die Zahlstellen des DVB. werden von den Kreisleitungen besondere Mitteilung darüber erhalten, wie die Verrechnung erfolgte und welche Akkordsätze vereinbart worden sind.

Landarbeiter und Erntearbeit.

Die Erntearbeit hat begonnen. Millionen von Menschen sind tätig, um die Frucht in die Scheunen einzubringen. Die diesjährige Ernte verlangt infolge der starken Regenfälle besondere anstrengende Arbeit. Die Landarbeiterin und der Landarbeiter müssen unter Aufbietung aller Kräfte vom frühen Morgen bis zum späten Abend tätig sein. Die wenigsten Menschen in den Städten denken darüber nach, wenn sie Brot oder Kuchen essen, welcher Schweiß geflossen ist, um das wertvolle Korn vom Felde hereinzuholen. Aber auch die meisten der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind sich nicht bewußt, wie wertvoll ihre Arbeitskraft ist. Sie leben in den Tag hinein, schimpfen über die schlechte Bezahlung ihrer Arbeitskraft, finden aber nicht den Mut, sich aufzurafffen und den Zusammenschluß im Deutschen Landarbeiterverband zu finden.

Die Lebenslage der Landarbeiter kann nur wie in der Industrie mit einer starken mächtigen Organisation verbessert werden. Dazu gehört Ausdauer und zähe Mitarbeit aller Verbandsmitglieder. Auch während der Erntezeit muß jede Gelegenheit wahrgenommen werden, den Verband zu stärken durch Mitgliedergewinung, in rühriger Tätigkeit für das Wohl der Landarbeiter.

Gewerkschaftskollegen der freien Verbände, unterstützt die Landarbeiter in jeder Beziehung! Benutzt jede sich bietende Gelegenheit der schwer ringenden Landarbeiterschaft, ihren Daseinskampf zu erleichtern und neue Kämpfer dem DVB. zuzuführen.

Gauleitung des DVB.

Sport und Spiel.

Bundestag des ATSB.

Jedes Mitglied muß in Zukunft gewerkschaftlich oder politisch organisiert sein!

SPD. Hamburg, 26. Juli.

Der 15. Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Hamburg begann seine Verhandlungen am Sonntagvormittag um 7 Uhr mit dem vom Bundesvorsitzenden Gellert erstatteten Organisationsbericht. Die Krise und besonders die schwierige Finanzlage der Gemeinden haben die Tätigkeit des Bundes sehr gehemmt. Im Berichtsjahr betrug der Jahresschluß 526 367 Mitglieder oder 14 Jahre. Im ersten Quartal dieses Jahres sind 15 197 Mitglieder neu aufgenommen worden. Die in den letzten Jahren gebildeten Werktorgemeinschaften müssen als Beginn der Schädigung der Arbeitersportbewegung angesehen werden. Der Bundesvorsitzende berichtet dann die vom Vorstand beantragte Neuregelung der Unfallunterstützung und das Verhältnis zu den gegnerischen Verbänden. Mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold seien jetzt betriebsgleiche Vereinbarungen getroffen. Starke innere Auseinandersetzungen waren wegen der kommunistischen Beeinflussungsversuche zu überwinden. Der Bundesvorstand wird sich weiter gegen alle Zersetzungsbestrebungen wenden. In der Stellung des Bundes zu den bürgerlichen Verbänden bleibe maßgebend, daß jede Gemeinschaft abzulehnen ist.

Der Bericht des Bundesausschusses, den Klügel (Dresden) erstattete, befaßte sich besonders mit dem Ausschluß von Urseke. Auch der Bundesausschuß werde wie bisher, so auch in Zukunft gegen zersetzende Einflüsse mit Ausschlüssen vorgehen. Zu den Arbeiterspielen sagte der Redner seine Stellungnahme in dem Satz zusammen: Wer internationale Spiele veranstalten will, muß auch die internationalen Gesetze und Gebräuche respektieren.

Ueber das Bundesgeschäft berichtete Schubert (Leipzig). Es ist mit viel Erfolg gearbeitet worden; auch die Ergebnisse der 19 Filialen des Reiches befriedigen. Das Gesamtvermögen des Bundes beträgt 1 437 000 Mk. Die Revisionskommission beantragte Entlastung für alle Geschäftszweige.

Die Nachmittagssitzung brachte eine ausgedehnte Aussprache über die Berichte, an der sich u. a. Peschke (Dresden), Oehlschläger (Berlin), Jordan (Erfurt), Kopitsch (Leipzig), Keller (Stuttgart), Moack (Forst) und Feldmann (Münster) beteiligten. Einen breiten Raum nahm dabei die Frage der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Verbänden ein. Einbellig wurde der Standpunkt der prinzipiellen Ablehnung der Zusammenarbeit vertreten. Dähnig (Breslau) begründete einen Antrag, der von jedem Mitglied des Bundes politische oder gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit verlangt. Pilischer (Wiener-Neustadt) und Mehr (Bln), die die österreichischen Sportler vertraten, wenden sich außerordentlich temperamentvoll gegen die inneren Kämpfe im Bunde. Scharfe Auseinandersetzungen gab es über das Recht des Ausschlusses durch den Vorstand ohne Bundesausschuß. Die Kommunistischen vertreten hierzu das Recht, das aber von den anderen Rednern verteidigt wurde. Hamm (Essen) drohte, daß bei Fesselung des Bundes auf die SPD. die Kommunisten sich traditionsmäßig zusammenschließen werden, um diese politischen Bestrebungen zu verhindern. Bei Antrag wurde, den Namen des Bundes in „Deutscher Arbeiter-Sportbund" zu ändern. Im übrigen drehte sich die Aussprache vornehmlich um organisatorische Fragen. Nachdem insgesamt 20 Redner zu Worte gekommen waren, wurde die Aussprache geschlossen und die Berichterstatter setzten sich mit den vorgebrachten Bedenken und Wünschen auseinander. Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergab die Anwesenheit von 246 Delegierten. Der Bericht wurde genehmigt und die weiteren Verhandlungen abends um 7½ Uhr auf Montag vertagt.

Die Beratungen des zweiten Verhandlungstages begannen wiederum morgens um 7 Uhr. Nach einem ergänzenden Bericht der Mandatsprüfungskommission und nachdem Geschäftsführer Schubert sich zu den vorliegenden Anträgen geäußert hatte, wurde zur Beschlußfassung über die Anträge geschritten. Neben vielen Anträgen rein organisatorischer Natur wurden folgende Anträge von grundsätzlicher Bedeutung angenommen:

Der Antrag, der prinzipielle Ablehnung sportlicher und geistiger Zusammenarbeit mit bürgerlichen Verbänden erneut festlegt; ein weiterer Antrag, wonach jedes Bundesmitglied über 18 Jahre politisch oder gewerkschaftlich organisiert sein muß; ein Antrag, der besagt, daß der Beitritt zum Reichsbanner oder zum Roten Frontkämpferbund jedem Bündler freigestellt bleiben muß. Angenommen wurde auch eine Entschließung, die die Herstellung eines engen Kampfbündnisses mit der in der Roten (Moskauer) Sport-Internationale organisierten Arbeiterschaft als notwendig bezeichnet. Ein weiterer Antrag, der Annahme fand, fordert eine Vereinigung aller Arbeiter-Sportverbände.

Ueber die Arbeiten des Technischen Ausschusses und die Arbeiter-Turn- und Sportschule referierte der Bundesturnwart Benedix: Wenn es schon die Aufgabe des Technischen Ausschusses sei, Anregungen zu geben, dann müssen auch die Kreise entsprechende Anregungen und interessante Anregungen und technische Berichte geben. Der Redner äußerte sich ausführlich zur Spartenfrage und wies auf die grundlegenden Voraussetzungen einer erfolgreichen Arbeit hin; diese lägen in einer Reform- und freiheitlichen Gesinnung der Bundesschule. Ein wesentliches Problem unter den Aufgaben des Bundes sei die Mitarbeiter- und Funktionärerziehung sowohl im sportlichen als im weltanschaulichen Sinne. Diese große Aufgabe solle vor allem die neue Bundesschule erfüllen. „Es war eine Tat des Kasseler Bundestages", erklärte Benedix, „die Voraussetzungen für den Bau der Schule zu schaffen. Die Aufgabe des Hamburger Bundestages wird es sein, nunmehr die Grundlagen für eine erfolgreiche Schularbeit zu schaffen." Es müsse die Möglichkeit gegeben werden, die Schule aus allen Gauen zu beschicken. Bei 23 verschiedenen Lehrgängen sei mit einer Ausgabe von 60 000 Mk. für Verpflegung und Fahrgeld zu rechnen. Auf alle Fälle könne der Bund stolz sein auf das geschaffene Werk. Notwendig sei aber die Anstellung der besten Lehrkräfte. Auch müsse entschieden werden, ob die Schule angegliedert werden dürfen, die politisch noch nicht organisiert sind. Zum Schluß äußerte sich der Redner eingehend über die Organisation und Einrichtung der Schule und bat, die notwendigen Mittel zu bewilligen.

Bundesvorsitzender Gellert machte sodann einige Ausführungen über die Bundesschule der Bundesschule und legte dabei einige Referenten mit der Bundhütte Leipzig vor. Geschäftsführer Schubert sprach über die finanzielle Seite des Unternehmens. Der Bau habe außerordentliche Mittel erfordert. Der beschlossene Pflichtbeitrag sei leider nicht in einer Weise eingegangen, wie es notwendig gewesen wäre. Bis heute sind für den Bau 804 000 Mk. aufgewendet worden. Die wurden im wesentlichen, und zwar in der Höhe von 363 000 Mk., dem Bundesvermögen entnommen. 146 000 Mk. sind durch Beiträge aufgebracht worden, 100 000 Mk. steuerten Städte und Gemeinden bei.

In der Aussprache über diese Berichte und die dazu vorliegenden Anträge zu den Aufgaben des Technischen Ausschusses und der Bundesschule wurden vor allem die Wünsche der einzelnen Sparten vorgetragen. — Um 12½ Uhr wurden die Beratungen am Dienstagvormittag 7 Uhr vertagt. Am Nachmittag unternahmen die Delegierten eine Hafenrundfahrt und eine Besichtigung der Stadt.

Aus Anlaß des Bundestages des Arbeiter-Turn- und Sportbundes fand am Sonntag in Hamburg ein Fußballwettkampf zwischen dem belgischen Meister Arbeiterfußballklub Brüssel und dem spielstarken Hamburger Verein Rothenburgsort 93 statt. Leider wurde das Spiel durch heftige Gewitterschauer außergewöhnlich stark beeinträchtigt. Die Hamburger zeigten mit flachem Paßspiel eine leichte Ueberlegenheit, besonders die Läuferreihe war hervorragend. Bei den Belgiern gefielen besonders der Torwächter sowie der linke Verteidiger. Die übrigen Spieler waren guter Durchschnitt. Das Halbzeitergebnis 2:0 für Rothenburgsort wurde in der zweiten Spielhälfte nicht verändert.

Ausschneiden und aufbewahren!

Verlange stets die richtige Nummer!

Es sind telephonisch zu erreichen:

Geschäftsstelle des „Volksblatt" (für Inserate, „Volksblatt"-Expedition und Buchhandlung) unter 4605.

Redaktion des „Volksblatt" unter 4667.

Parteisekretariat für den Unterbezirk Halle-Saalkreis unter 1029.

Genossenschaftsdruckerei (für Druckaufträge) unter 6605.

Im Interesse einer geregelten Abwicklung und schnellen Erledigung aller Angelegenheiten wird um genaue Beachtung obiger Telephonnummern ersucht!

Internationaler Arbeitersport

Moskau — Dresden 10:1.

SPD. Dresden, 26. Juli.

Die russische Fußballmannschaft setzte ihr Gastspiel am Sonntag in Dresden fort. Von Chemnitz kommend, trafen die Gäste vormittags um 11 Uhr ein und wurden am Bahnhof von etlichen Tausenden begrüßt. Rund 18 000 bis 20 000 Zuschauer wohnten den Spielen bei, das dann nachmittags um 5 Uhr auf der städtischen Kampfbahn stattfand. Die Russen führten das dienstbeste Fußballspiel vor, das Dresden bisher überhaupt zu sehen bekommen hat. Ganz besonders vorzüglich spielten der Mittelstürmer und der Halbrechte der russischen Mannschaft, der allein 7 Tore schoß. Die Dresdener konnten zwar das erste Tor durch einen leichten Kopfball für sich buchen, dabei blieb es aber, die Russen gewannen mit 10:1 (Halbzeit 6:1). Ihr überlegener Sieg stand allerdings von vornherein nicht in Frage. Die Dresdener Stadtteamnmannschaft, die den Russen entgegentrat, war allerdings etwas schwächer als sonst, da einige ihrer besten Spieler krank oder durch Verletzungen spielunfähig waren.

Am Abend fand im Dresdener „Volkshaus" ein Kommers zu Ehren der ausländischen Gäste statt, deren Delegation 21 Mann stark ist. Die Begrüßungsansprache des Dresdener Bezirksvorsitzenden des Arbeiter-Turn- und Sportbundes erwiderte der Generalsekretär des russischen Rats für Körperkultur aus Moskau, der die russische Elf begleitet.

Arbeiter-Athletenbund, 5. Kreis

Kreisfest.

Unser Kreisfest findet am 22. August in Halle auf dem Stadion statt. Am 31. Juli bis 2. August ist unser Bundestag in Berlin. Da aber Vorarbeiten nach so vielen Richtungen getroffen werden, welche auch unserem Kreis-Wettfest stark interessieren, so habe ich einen Vorstandssitzung vor dem Bundestage Abstand genommen und berufe dieselbe zum Sonnerstag, dem 5. August, abends 8 Uhr, nach „Zum Kaiserkrönchen" (Vereinslokal „Atlas") ein. Auch werden die Kreisvorstand haben von jedem hallischen Verein zwei Mann zu erscheinen. Dortselbst kurzer Bericht vom Bundestage

Jeder hallische Kreisin hat mir sofort bis Freitag, den 30. Juli, mitzuteilen, ob er für oder gegen Beibehaltung der Ehrenpreise ist.

J. A.: G. Wittig, Kreisvorsitzender.

Rundfunk.

Die Rundfunkteilnehmerbewegung im Sommer.

Die jetzige Urlaubs- und Ferienzeit macht sich auch beim Rundfunkbetrieber. Ein großer Teil der Rundfunkteilnehmer, die in der glücklichen Lage sind, an einem anderen Orte Erholung suchen zu können, hat für die Ferienzeit die Rundfunkteilnehmerschaft gekündigt. Insgesamt handelt es sich um rund 37 000 Anlagen, die vom 1. Juli an vorübergehend in Abgang gekommen sind. Die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer in Deutschland beträgt nach dem Stand vom 1. Juli 1 224 057.

Die Deutsche Welle.

Professor Dr. Schubotz, der bisher in der Hochschul-Abteilung des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung als Referent tätig war, ist mit dem 15. Juli in die Leitung der Deutschen Welle G. m. b. H. eingetreten.

Rundfunk-Programme.

Leipzig (Welle 452).

Mittwoch: 3 bis 4 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert. 6.30 bis 6.45 Uhr: Morgenkurnus. 6.45 bis 7 Uhr: Kriegsfreiwilligenbericht. 7 bis 7.30 Uhr: Prof. Dr. Wittgenstein: Schlußvortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des deutschen Dramas und des Theaters": „Das deutsche Theater der letzten 100 Jahre". 7.45 Uhr: Symphoniekonzert. Anschließend 9.30 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. Anschließend: Funkpranger. 10 bis 11 Uhr: Schrammel-Musik.

Königswusterhausen (Welle 1300).

Mittwoch: 1.10 bis 1.40 Uhr: Französisch für Schüler. 3 bis 3.30 Uhr: Englisch für Anfänger. 3.30 bis 4 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. 4 bis 4.30 Uhr: Oberlehrer Dr. Brunner: „Der Anteil der einzelnen sozialen Schichten an der Entwicklung des ostdeutschen Landes". 4.30 bis 5 Uhr: Mitteilungen. 5 bis 5.30 Uhr: Anna von Giercke: „Die Wiederkehr der Hagustrau im Jugendkamm". 5.30 Uhr: Reichsfeier. Zum Gedächtnis der Wiederkehr des Todestages von Johann Sebastian Bach (28. Juli 1750).

Arbeiter-Radio-Klub, Ortsgruppe Halle, Geschäftsstelle Harz 42/44. In Zukunft finden unsere Bastelstunden Mittwochs, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 14, statt. Die Unterrichtsstunden der Jugendabteilung beginnen wieder am ersten Mittwoch nach den Ferien.

Jugendbewegung.

Veranstaltungen der SAJ. in der letzten Juliwoche.

Halle. Mittwoch, 28. Juli: Spiel und Sport auf der Peißnitz. — Donnerstag, 29. Juli: Musikstunde. — Freitag, 30. Juli: Vierteljahrsversammlung.

Merseburg. Dienstag, 27. Juli: Ausspracheabend. — Freitag, 30. Juli: Versammlung.

Schkeuditz. Mittwoch, 28. Juli: Versammlung.

Kleinwittenberg-Pfesterig. Mittwoch, 28. Juli: Sozialistische Erziehung (Genossin G. Lehmann). — Freitag, 30. Juli: Die Frau und Sozialismus.

Delitzsch. Dienstag, 27. Juli: Gemeinsames Baden im Werkstättenteich, Treffen 1/8 Uhr: Rathenau-Promenade. — Freitag, 30. Juli: Vortrag: Jugend und Alkohol. — Sonnabend, 31. Juli: Gymnastik und Spiel in der Seminarturnhalle.

Eisenburg. Mittwoch, 28. Juli: Versammlung. — Ferner findet in dieser Woche eine Tour mit der Kindergruppe statt. Alle arbeitslosen Jugendgenossen und Genossinnen müssen sich beteiligen.

Gräfenhainichen. Dienstag, 27. Juli: Lesabend. — Freitag, 30. Juli: Unterhaltungsabend.

Helbra. Dienstag, 27. Juli: Parlamentsabend. — Donnerstag, 29. Juli: Liederabend. — Sonnabend, 31. Juli: Fragekastenabend.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260727-12/fragment/page=0007

Kunst · Wissenschaft · Leben

Die Mücke.

Die Mücke gehört zu den unangenehmsten Plagegeistern, die dem Menschen manchen Spaziergang nach schattigen Waldungen und am Flußufer verleiden können. Besonders in diesem Jahr, das überaus reich an Hochwasser ist, sind die Mücken zu einer wahren Landplage geworden, deren Bekämpfung als Krankheitserreger auch eine hygienische Forderung ist.

Unsere gewöhnliche Stechmücke gehört zur Familie der Stechmücken oder Wasserschnaken, auch Gelsen genannt. Alle diese Tierchen brauchen Wasser, um sich entwickeln zu können; sie bevorzugen besonders stehende Gewässer. Das Weibchen legt die Eier in feuchte Blätter, die sich in halbausgetrockneten Tümpeln befinden, oder in Dachrinnen, Regentonnen. Schon nach 2 bis 5 Tagen schlüpfen die Larven aus, die ebenso wie die Puppen mit der Atemröhre an der Oberfläche des Wassers hängen. Stehendes Wasser ist für sie Lebensbedingung. Daher hat man z. B. in Mexiko versucht, die Mückenbrut dadurch zu vertilgen, daß man das Wasser durch Turbinen in Bewegung brachte; die Brut fällt so ins Wasser und ertrinkt.

Nur die weibliche Mücke, die einen viel stärker entwickelten Stechapparat als das Männchen hat, sticht. Das Männchen bevorzugt pflanzliche Nahrung. In naturwissenschaftlichen Kreisen herrscht die Ansicht, daß das Weibchen Blutnahrung braucht, um befruchtete und entwicklungsfähige Eier ablegen zu können. Aber über diese Ansicht besteht ebensowenig Einigkeit wie über die Ursache der Giftwirkung des Mückenstiches. Es ist auch heute noch zweifelhaft, ob die Ausscheidungen der Speicheldrüse oder die aus der Speiseröhre entweichende Kohlensäure die Giftwirkung hervorrufen.

Ein bewährtes Mittel zur Vertilgung der Mücken ist Petroleum; dadurch wird die Wasseroberfläche gewissermaßen luftdicht verschlossen und die Mückenbrut erstickt. Als sehr gutes Mittel wird ferner die Sonnenblume empfohlen. Die flüchtige Flüssigkeit, die von den Blättern dieser Pflanze ausgeschieden wird, wirkt als natürlicher Mückenfänger. Abgesehen davon haben die Mücken auch eine Anzahl natürlicher Feinde, wie Wasserskorpione, Libellenlarven, Molche und Fische. Auch Eidechsen und Fledermäuse sind Liebhaber einer delikaten Mückenspeise.

Als guter Schutz gegen Mückenstiche gilt Nelkenöl; auch die Benutzung von Zitronensaft leistet gute Dienste. Die Mückenstichwunden reibt man am besten mit Salmiak ein; essigsaure Tonerde hilft ebenfalls.

Die Sängerkarriere des Dorfschmiedes.

Einer der begabtesten und vielversprechenden Sänger der Londoner Musikschule, des Trinity College of Music, Ted Marburton, ist von einem reichen Gönner entdeckt worden, als er bei seiner Arbeit in der Schmiede aus voller Kehle sang. Als er auf seine Stimme aufmerksam gemacht wurde, verließ er sofort seine Stellung beim Dorfschmied und bewarb sich um das Stipendium des Trinity College of Music, das er auch sofort bekam. Der große starke Mann, der seinem ersten Beruf die volle Entwicklung seiner Körperkräfte verdankt, erzählt heute mit einem wehmütigen Lächeln, wie er zuerst in die Musikschule kam, in die Abteilung, in der Opernkräfte ausgebildet werden, die hauptsächlich aus jungen und eleganten Frauen bestand. Nur der heiße Wunsch, sich durchzusetzen, siegte über seine lähmende Scheu. Er setzte sich in die Ecke und entschloß sich, im Anfang den Mund nicht aufzumachen, sondern erst mit aller Aufmerksamkeit zuzuhören, um den anderen ihre Art zu singen abzulauschen.

Tolstois 100. Geburtstag. Zum 100. Geburtstag Tolstois (1928) wird das Moskauer Tolstoi-Museum eine von Gussew verfaßte große Biographie Tolstois herausgeben. Der erste Band dieser Biographie, der die Periode von 1828 bis 1862 umfaßt, befindet sich bereits im Druck. Das Tolstoi-Museum hat soeben den zweiten Band seiner Serie „Von und über Tolstoi", die unter der engsten Mitarbeit der beiden Freunde Tolstois Tschertkow und Gussew erscheint, veröffentlicht. Das Hauptstück des inhaltreichen Bandes bildet ein bisher unveröffentlichtes Gedicht, das in der Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts geschrieben wurde und eine Bearbeitung einer alten Volkssegende über soziale Ungerechtigkeit ist.

Was man von Amerika gewöhnlich nicht weiß ...

Desillusionierendes aus dem „Land der unbegrenzten Möglichkeiten". / Sonntags-„Vergnügen". Romantik des „Wilden Westens". / Gewerkschaftsleben in U. S. A. / Wie der Amerikaner auf Ereignisse in der Alten Welt reagiert. / Weltanschauungen nicht gefragt. / Monotonie des Alltags.

Von unserem amerikanischen Korrespondenten Felix Schmidt.

Neuyork, im Juli.

Was ist nach dem Krieg alles über Amerika, seinen Lebensstil, sein Tempo, seine Großzügigkeit in europäischen Zeitungen, in Büchern und Broschüren geschrieben worden! Und wie selten vermitteln diese subjektiven Eindrücke eines mehr oder weniger ausgedehnten Besuches ein zutreffendes Bild von diesem Land, wie es wirklich ist! Immer nur wird dem Europäer das vor Augen geführt, was großzügiger, gigantischer als in der Alten Welt ist. Von dem, was Amerika im Gegensatz zu Europa nicht hat, und was einem vielfach auch erst richtig auffällt, wenn man seinen dauernden Wohnsitz hierzulande aufgeschlagen hat, darüber wird nur selten von hier aus geschrieben, obgleich gerade das sehr wesentlich dazu beiträgt, sich erst ein richtiges Bild von den wirklichen Verhältnissen in Amerika zu machen. So gibt es, um mit einem alltäglichen Beispiel zu beginnen, keinerlei Ausflugsorte wie in Europa, mit Ausnahme von Vergnügungsstätten von der Art der Luna-Parks. Die Eisenbahnen haben deswegen auch keinerlei verstärkten Wochen- und Ausflugsverkehr wie in Deutschland. Nirgends gibt es Spaziergängerwege durch die Wälder der Nachbarschaft. Wollte man einen Ausflug machen, so könnte man nur die entweder mit Ziegeln oder Asphalt gepflasterten Landstraßen benutzen, wo ein Wandern wegen des dichten Autoverkehrs aber geradezu lebensgefährlich ist. Die Sommer-Sonntage verbringt der Städter in Amerika entweder mit dem Besuch der Parks in den Städten oder aber, wenn er ein Auto besitzt, mit einer Autofahrt, bei der er sich in die Schlange der die Landstraßen befahrenden Autos einfach einreihen muß, will er überhaupt vorwärts kommen. Ein Vergnügen ist das wirklich nicht. Dazu kommt, daß er an landschaftlich schönen Stellen nicht halten kann, da er dadurch bald den ganzen Verkehr blockieren würde.

Der „Wilde Westen" gehört längst der Vergangenheit an. Wo früher Prärien waren, wogen jetzt unermeßliche Getreidefelder, durch die ebenfalls weder Weg noch Steg führen; nur die autobelebte Landstraße geht nach der nächsten Ortschaft. Der beste Beweis, daß der „Wilde Westen" seine Romantik völlig eingebüßt hat, liefert die Tatsache, daß er kreuz und quer von existierenden Autostraßen und einem stellenweise recht dichten Eisenbahnnetz durchzogen ist. Wenn man in Deutschland von der „Rauchfahne" spricht, denkt man immer noch, daß, wie vor 50 Jahren, eine Linie nach der Küste des pazifischen Ozeans führt. Deren gibt es heutzutage eine ganze Anzahl und außerdem noch unzählige Teilstrecken von einer zur andern. Stellenweise sind im ehemaligen „wilden" Westen Bahnknotenpunkte mit ausgedehnten Schienenkörpern vorhanden, daß man sich in das engmaschige Bahnnetz des Ruhrgebiets versetzt glaubt.

Auch das gewerkschaftliche Leben ist in U. S. A. anders. In Europe wird von den Gewerkschaften gewünscht, daß jeder Arbeiter sich gewerkschaftlich organisiere. Da das amerikanische Wirtschaftsleben von deutschen Verhältnissen ganz abweicht, sind hier fast alle Gewerkschaften (Unionen) auf ein wesentlich anderes Prinzip eingestellt. Es gibt Gewerkschaften, die ängstlich darauf achten, daß die Durchschnittszahl ihrer Mitglieder nicht überschritten wird, weil bei einem zu großen Angebot von gewerkschaftlichen Arbeitnehmern der Standardlohn heruntergesetzt werden müßte, will man seine Gewerkschaftskasse nicht mit Unterstützungen zu sehr überlasten. So können sich beispielsweise manche Neueingewanderte, die in Europa in einer Gewerkschaft organisiert waren und es als ihre Ehrenpflicht ansehen, auch in Amerika gleich wieder in eine Gewerkschaft einzutreten, nicht genug darüber wundern, daß sie bei der Aufnahme öfters die größten Schwierigkeiten zu überstehen haben, obgleich ihre Transfer-Karte vollständig in Ordnung ist. Manche sind deshalb gezwungen, bis ihnen durch die Union Arbeit nachgewiesen werde. Aehnliches wäre im europäischen Gewerkschaftsleben einfach undenkbar.

In Europa, namentlich aber in Deutschland, glaubt man vielfach, wenn irgendeine Erfindung gemacht oder ein innerpolitischer Kampf ausgefochten wird, der in Deutschland die Gemüter bis zum äußersten erregt, verfolge ganz Amerika mit gespannter Aufmerksamkeit diesen Kampf. Weit gefehlt! Darum kümmert sich hier überhaupt niemand. In den englischen Tageszeitungen erscheint die Meldung als eine Depesche von vielleicht knapp zehn Zeilen. Und wird eine deutsche Erfindung nach Amerika verkauft und verwertet, so erfährt kaum eine Menschenseele etwas davon, daß die Erfindung überhaupt eine deutsche ist. Das geringe Interesse an innerpolitischen Verhältnissen und Vorgängen in Europa, namentlich in Deutschland, beleuchtet die Tatsache, daß z. B. über den Volksentscheid wegen der Fürstenabfindung, die in Deutschland die Gemüter so erhitzte, die hiesige englische Presse nur mit ganz kurzen Depeschen berichtete, die vielfach noch auf irgendeiner Innenseite standen. Auffallend ist auch die Interessenlosigkeit des Amerikaners in Weltanschauungsfragen. Selbst unter der Jugend sind Werther-Naturen nur sehr selten. Wohl gibt es prächtige Bibliotheken mit ungeheuren Bücherschätzen, die auch reichlich frequentiert werden, aber nirgends findet man Volksbildungsvereine. Nur die zahllosen Sekten halten Leseabende ab, aber natürlich lediglich über biblische Themate. An Kirchen ist in dem Lande, wo Kirche und Staat grundsätzlich getrennt sind, an und für sich kein Mangel. Es gibt amerikanische Städte, wo man in einer einzigen Straße zwei bis drei Dutzend, oft sogar noch mehr Gotteshäuser zählen kann. Obwohl Kirche und Staat getrennt sind, wird der Sonntag doch so streng beobachtet, daß Zahlungen an Sonntagen trotz Quittung einfach — gesetzlich ungültig sind!

Abschließend sei bemerkt, daß Amerika jeder romantische Zug abgeht. Alles ist Standard, sogar der Alltag. Dieser Monotonie entgeht auf die Dauer niemand. Manche, die erst vor einigen Jahren mit dem größten Unternehmungsgeist herübergekommen sind, wundern sich heute manchmal über sich selbst, wie sie durch die Umstände verändert worden sind. Sie haben jetzt kaum noch Lust, überhaupt irgendein Buch zur Hand zu nehmen, wenn sie abends von der Arbeit nach Hause kommen. Man setzt sich bei schönem Wetter auf die Holveranden, wie sie die Ein- und Zweifamilienhäuser haben, lehnt sich an den Schaukelstuhl zurück, überfliegt höchstens die umfangreichen Abendblätter und beguckt die Nachbarn und vorübergehenden Straßenpassanten. Zum Schluß sei der Kuriosität wegen erwähnt, daß es in amerikanischen Großstädten keine öffentlichen Bedürfnisanstalten gibt. Das Publikum hilft sich dadurch, daß es in Geschäftslokalen um die Erlaubnis nachfragt, die Toilette benutzen zu dürfen. Auch in öffentlichen Gebäuden kann man um eine solche Erlaubnis nachfragen. Meistens sieht man aber zu, daß man solche Erlaubnis nicht nachzusuchen braucht.

Alle Gummiwaren zu mäßigen Preisen im Spezialgeschäft Gummi-Bieder, Halle a. S., Große Steinstraße 81

Der Mann aus Montevideo.

Kriminalroman von T. C. Bridges.

Copyright by Greiner u. Komp. Berlin W. 30.
(Nachdruck verboten.)

(35)

„Fräulein Lascelles sah von einem zum anderen, und ein vergnügtes Lächeln spielte um ihre Lippen.

„Ich glaube, Joyce," sagte sie," daß dein Peter so eine Art Don Quichote ist. Und ich glaube auch, daß du und ich noch näher über die Sache reden müssen. Für die nächste Zeit bleibt natürlich Herr Carr, wenn er es selbst wünscht, hier. Auf jeden Fall, bis wir etwas unternommen haben, um diesen gordischen Knoten zu lösen."

Joyce flog der älteren Frau um den Hals und küßte sie impulsiv.

„Du warst und bist ein Prachtmensch," sagte sie herzlich.

Fräulein Lascelles küßte sie wieder und wandte sich an Peter, während sie das junge Mädchen im Arme hielt.

„Jetzt werde ich diese junge Dame mit nach Hause nehmen," sagte sie. „Und da Sie vorziehen, Herr Wildhüter zu bleiben, so kann ich Sie leider nicht zum Abendessen hinüberbitten. Aber morgen werden wir nicht auf die Jagd gehen, und wenn Jaspar Sie besuchen will und seine Schwester mit sich bringt — gut, dann kann selbst ich als Joyce's Anstandsdame nichts dagegen einwenden."

„Nun, Joyce," du kannst jetzt deinem Wildhüter „Gute Nacht" sagen und wirst mich draußen wieder finden."

Sie nickte Peter ein freundliches Adieu zu und ging hinaus.

Joyces Augen strahlten.

„Ist sie nicht ein lieber Mensch, Peter?" rief sie aus.

„Nach dir, Joyce, die beste Frau in der ganzen Welt," erwiderte Peter mit felsenfester Ueberzeugung.

Eine Minute später war er allein — allein und doch glücklicher, als er je gehofft hatte, noch werden zu können. Er ließ sich in einen Sessel fallen und saß in Träumerei versunken unbekümmert um den dauernd überkochenden Wasserkessel. Jetzt waren Schwierigkeiten und Gefahren vergessen. Alles das bedeutete gegen die Tatsache nichts, daß er Joyce wiedergefunden und daß sie ihm vergeben hatte.

Schließlich stand er auf, lachte sich sein Essen und ging zu Bett, nachdem er erst noch sorgsam die Jagdgewehre gereinigt und seine üblichen abendlichen Pflichten erledigt hatte. Er schlief fester und glücklicher als seit langen, langen Wochen. —

Ein sonnenklarer Tag brach heran. Peter pfiff vergnügt vor sich hin, als er an sein Tagewerk ging. Ab und zu hielt er nach Jaspar und Joyce Ausschau, gegen zehn Uhr wurde sein Warten endlich belohnt, es kam jemand durch die Felder aus der Richtung des Landhauses.

Bald erkannte er am leichten Hinken Jaspar und war recht enttäuscht, daß der Freund allein kam.

Peter ging ihm entgegen und Jaspar begrüßte ihn mit herzlichem Lachen.

„Bitte, schimpfen Sie mich nicht aus, Peter, ich weiß schon, daß Sie nicht gerade nach mir so sehnsüchtig ausgeschaut haben. Auch Joyce wird heute zu Ihnen kommen, inzwischen möchte ich nur einmal aus Ihrem Munde die ganze Geschichte erfahren."

„Es ist wirklich sehr nett von Ihnen, daß Sie kommen," erklärte Peter, indem er Jaspars Hand schüttelte. „Ich weiß wirklich nicht, warum Sie sich wegen eines so unnützen Menschen, wie ich es bin, so viele Mühe geben."

Schnell sah Jaspar auf, und seine kühnen klaren Augen blieben für einen Augenblick an Peters offenem, vom Wind gebräunten Gesicht hängen.

„Denken Sie, Peter," sagte er, „zufällig haben wir beide Sie lieb gewonnen. Und selbst wenn ich nicht die Sympathie meiner Schwester teilte, so ist mir doch klar, daß Sie für Joyces Glück notwendig sind. Nun wissen Sie warum?"

„Ich weiß nur, daß Sie beide die besten Menschen auf Erden sind," erwiderte Peter und glaubte dies auch unumstößlich fest.

„Nun kommen Sie aber herein," fügte er hinzu. „Fräulein Lascelles habe ich es zu verdanken, daß ich Sie hier so luxuriös willkommen heißen kann."

„Sie ist wirklich eine gute Seele," erklärte Jaspar, als er sich in dem gemütlichen Eßzimmer umsah. „Zu komisch, daß wir nie von ihr gesprochen haben, als Sie in Otter's Holt waren. Sie ist eine Cousine meiner Mutter und die Patentante Joyces. Wenn Sie in Norfolk weilte, waren wir gewöhnlich mit ihr zusammen, hier sind wir jetzt zum ersten Male."

„Aber ich bin nicht hergekommen, um mit Ihnen über sie zu plaudern," fuhr er fort, indem er den ihm angebotenen Stuhl nahm. „Jetzt müssen wir über Ihre Angelegenheit sprechen. Joyce hat mir alles erzählt, und wir können gleich fortfahren."

„Einen Augenblick noch!" warf Peter dazwischen. „Zuerst habe ich eine Frage zu stellen. Joyce erzählte mir, gerade als Fräulein Lascelles kam, daß dieser Schurke Bassett sie mit Anträgen verfolge, und daß Ihr Vater ihn darin auch noch unterstütze. Ist das wirklich wahr?"

Jaspar blickte ernst. „Unglücklicherweise stimmt es. Er und der kleine Tudor waren für einige Wochen in Carr's Holt, und Vater bestand darauf, daß wir sie besuchten. Sie wissen, daß Bassett Joyce in London sah, und damit begann die Geschichte. Solange sie in Carr's Holt wohnten, war Bassett unter irgendeinem Vorwande fast jeden Tag in Otter's Holt. Unser Vater ist völlig von ihm eingewickelt, und Joyce hat eine recht unglückliche Zeit hinter sich.

„Jetzt aber, Peter, dürfen Sie sich darüber nicht aufregen," fuhr er beruhigend fort, als er Peters Erregung wahrnahm. „Selbst Vater kann Joyce nicht zwingen, dem Schurken die Hand zu reichen. An uns ist es also, ihm so bald wie möglich seine Maske abzureißen und die Luft zu reinigen."

„Gewiß, ich denke genau wie Sie," gab Peter zurück. „Aber wir sind hilflos. Ich habe nicht einmal zehn Pfund. Wie sollen wir ohne Geld gegen diesen Lumpen angehen?"

„Sie regen sich schon wieder auf, Peter," meinte Jaspar lächelnd. „Wir sind gar nicht so hilflos, wie Sie glauben. Um Ihnen das zu beweisen, möchte ich Ihnen erzählen, daß ich am nächsten Sonnabend nach Südamerika fahren werde, um eine kleine Privat-Inspektion in den Angelegenheiten Ihres Vetters und seines angenehmen Reise- und Hausmarschalls vorzunehmen."

Peters Augen wurden immer größer.

„Nach Südamerika wollen Sie gehen? Mein lieber Jaspar, wie wollen Sie die Mittel dazu aufbringen? Joyce hat mir gerade von dem Verlust erzählt, den Sie beide in finanzieller Hinsicht erlitten haben."

„Unsere Finanzen haben hiermit nichts zu tun," erwiderte Jaspar wieder lächelnd. „Fräulein Lascelles wird das Geld zur Verfügung stellen, und wir werden die Sache dann schon arrangieren."

XXVI.

Zwei Briefe.

An einem frostigen, doch sonnigen Tage gegen Ende November wanderte Peter, die Flinte unter dem Arm, den Hügel hinter seinem Häuschen hinauf. Er hatte Kaninchen für das Landhaus zu schießen und achtete scharf auf Stumps, seinen drahthaarigen Terrier, der eifrig im trockenen Farnkraut herumstöberte.

Ein schnelles Rascheln, etwas Braunes huschte im Zickzack hin und her, schon hatte Peter die Flinte im Anschlag. Ein kurzer Knall und das Kaninchen überschlug sich Hals über Kopf und lag still.

Gerade bückte sich Peter, um es aufzunehmen, da hörte er ein anderes Rascheln und richtete sich schnell auf.

„Diesmal kein Kaninchen, Peter," ertönte eine Stimme, deren Klang Peter das liebste auf Erden war, und schon kam Joyce im warmen Sportkostüm auf ihn zugeflogen, ihr reizendes Gesicht war ganz erglüht von der frostigen Luft. Peters Augen leuchteten. „Mein Liebling, ich wußte nicht, daß du wieder in Brackenhurst bist," rief er freudig überrascht. Mit schnellem Blick vergewisserte er sich, ob auch nicht gerade jemand des Weges kam, und küßte sie herzlich.

„Gestern abend bin ich angekommen, Peter," erzählte sie. „Ich dachte, es wäre für dich eine Ueberraschung, darum habe ich dir vorher nichts gesagt. Und ich habe noch eine Ueberraschung, einen Brief Jaspars an dich. Er kam gestern zugleich mit einem für mich."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192607 27-12/fragment/page=0008